



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 17.11.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 4
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 5
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	ab TOP 2
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

entschuldigt:

Frau Stadträtin Buttschardt  
Frau Stadträtin Kapfer  
Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	ab TOP 4
Herr Beck, Forstamt	bis TOP 4
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	TOP 4
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	ab TOP 4
Herr Buchmann, Kulturamt	bis TOP 4
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	bis TOP 4
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 4
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Merkle, Bauverwaltungsamt	bis TOP 4
Herr Morczinietz, Bildung, Betreuung u. Sport	
Herr Raumel, Stadtbücherei	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Schulze, Liegenschaftsamt	ab TOP 11
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Voss, Stadtmarketing & Tourismus	
Frau Wenk, Sekretariat Erster Bürgermeister	bis TOP 4
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Gäste:

Herbert Bader, Feuerwehr Biberach  
Ludger Haack, Feuerwehr Biberach  
Florian Hofmann, Feuerwehr Biberach  
Alfred Zeller, Feuerwehr Biberach

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Veränderung der Tagesordnung	
2.	Freiwillige Feuerwehr Biberach - Wahl des Feuerwehr-/ Abteilungs- kommandanten und seiner Stellvertreter	193/2008
3.	Bürgerfragestunde	
4.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2009	
5.	Wiederbesetzung der Stelle "Leitung Stadtplanungsamt"	216/2008 + 216/2008-1
6.	Mu-BiGS (=Musik in Biberacher Grundschulen)	209/2008
7.	Interkommunales Gewerbegebiet Ristal	222/2008
8.	Baugebiet Talfeld - Energiekonzept	212/2008
9.	Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplans "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld I/II" - Erneute öffentliche Auslegung für den 1. und 2. Bauabschnitt	214/2008
10.	Aufstellung des Bebauungsplans "Eisenbahnstraße-Bahnquerung"	203/2008
11.	Renaturierung Bleicherbach - Entwurfsplanung und Projektfreigabe	221/2008
12.	Bericht zur Wirtschaftsentwicklung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung - III. Quartal	205/2008
13.	Elektrifizierung Südbahn - Aktueller Stand	
14.1.	Verschiedenes: Leitungsarbeiten im Talfeld	
14.2.	Verschiedenes: Wartehäuschen auf dem Bahnsteig Bahnhof	
14.3.	Verschiedenes: Abbau alte Eisenbahnbrücke	
14.4.	Verschiedenes: Baumängel Mensa Gymnasien	
14.5.	Verschiedenes: Nordwestumfahrung	
14.6.	Verschiedenes: Seniorenwohnanlage in der Riedlinger Straße	

Die Mitglieder wurden am 06.11.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.  
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 13.11.08 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1    Veränderung der Tagesordnung**

OB Fettback zieht Tagesordnungspunkt 3 - Wahlen Feuerwehr - vor, da die zu Wählenden anwesend sind.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 193/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.11.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Herr Alfred Zeller wird zum Feuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Biberach gewählt.**
- 2. Herr Florian Hofmann wird zum stellvertretenden Feuerwehrkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Biberach gewählt.**
- 3. Herr Ludger Haack wird zum Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Biberach gewählt.**
- 4. Herr Florian Hofmann wird zum stellvertretenden Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Biberach gewählt.**

OB Fettback bittet die Gewählten nach vorne zur Unterzeichnung der Ernennungsurkunden. Herr Bader, der frühere Kommandant ist ebenfalls anwesend.

Es wird applaudiert.

OB Fettback führt aus, von Herrn Bader werde eine große Verantwortung übernommen. Er dankt den Neuen für die Bereitschaft, diese zu übernehmen. Sie leisteten einen hohen Einsatz für das Gemeinwesen. Es handle sich um eine Übergangslösung bis zur regulären Wahl. Das Prinzip der Ehrenamtlichkeit der Feuerwehr sei wichtig. Herr Bader sei seit Ende 2003 Kommandant gewesen. In dieser Zeit habe es 1.435 Einsätze gegeben und man habe 427 Personen gerettet. Hierfür dankt er ihm.

Es wird applaudiert.

### TOP 3 Bürgerfragestunde

Herr Maier hat verschiedene Fragen. Er bemerkt, Biberach sei sehr reich und der Flächenverbrauch sehr auffallend. Er fragt, ob dies erforderlich sei und bittet, dies zu überdenken.

Dann spricht er das Thema Kinderarmut an und meint, am Mittelberg lebten einige hundert Familien, die unter Kinderarmut litten. Er fragt, ob die Stadt zur Hilfe bereit sei.

OB Fettback bestätigt, dass Kinderarmut auch in Biberach ein Thema sei. Man habe bereits etliche städtische Angebote, eines davon sei heute von der Musikschule auf der Tagesordnung. Man müsse das Thema Armut weiter fassen und die Frage könne nicht in einem kurzen Statement beantwortet werden. Man gewähre beispielsweise auch Harz IV-Empfängern Gebührenbefreiungen.

Zum Thema Flächenverbrauch führt BM Kuhlmann aus, ein unnötiger Flächenverbrauch wäre sicher nicht richtig. Biberach arbeite seit Jahren konzeptionell mit dem Stadtentwicklungskonzept, bei dem auch thematisiert werde, welche Flächen vorzuhalten seien. So seien die Wohnbau- und Gewerbeflächen bilanziert und man aktualisiere diese Zahlen alle zwei Jahre. Wenn man im Innenbereich den Bedarf nicht abdecken könne, müsse man auf dem Außenbereich ausweichen. Da Biberach eine prosperierende Gemeinde sei, habe man im Innenbereich sehr wenig Möglichkeiten. Als wichtig bezeichnet er es, dass keine Vorratsausweisungen getätigt würden, sondern man aufgrund konkreter Anfragen agiere und sehr sorgfältig mit dem Thema umgehe.

## TOP 4 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2009

OB Fettback kündigt an, auf den Haushalt 2009 einstimmen zu wollen. Es sei ein guter Entwurf, an dem man sich gemeinsam abarbeiten könne. Im Wesentlichen entsprächen die Haushaltspositionen gefassten Beschlüssen, beispielsweise zu Straßensanierungen, zum Sicherheitspaket, zu den Themen Bildung und Betreuung und anderem mehr. Wie viel geplant sei verdeutliche die Investitionssumme der Jahre 2009 bis 2012, die knapp 92 Mio. € betrage. Zähle man die Maßnahmen der Stadtwerke hinzu, seien es sogar 103 Mio. €. Dies sei auch ein Beitrag zur Konjunktur. Dabei müsse man bedenken, dass man auch an den Investitionen des Kreises über die Kreisumlage beteiligt sei. Großer Dank gebühre der Wirtschaft und den Menschen, die in den Unternehmen arbeiteten, da ohne sie derart gute Zahlen nicht möglich wären. Im Haushaltsplan sehe man keine Neuverschuldung, dafür aber eine kräftige Rücklagenentnahme vor. Man wolle die Rücklage von rund 83 Mio. € auf 26,7 Mio. € in den Jahren 2009 bis 2012 abschmelzen. Die aktuelle Finanzkrise werde allgemein zum Bauen anregen, denn was gebaut sei, könne einem niemand mehr wegnehmen. Hinzurechnen müsse man auch noch die Rücklage der Pensionslasten in Höhe von 31 Mio. €. Mit Blick auf die Untere Schranke sei die Auflösung der hierfür gebildeten Rücklage vorgesehen und man habe 2010 die Möglichkeit des Rückkaufs der Unteren Schranke. Ein großes Investitionsprojekt, das näher rücke, sei der Neubau der Realschule. Noch 2008 werde man die Entscheidungsvorlagen fertig stellen. Man warte noch auf die schriftliche Bestätigung des Landes. Vom Haushaltsplan sei diese Maßnahme antizipiert. Dieses Großprojekt wirke sich auf die finanzielle und personelle Prioritätensetzung aus. Maßnahmen wie der Neubau der Feuerwehr, die Sanierung oder der Neubau des Baubetriebsamtes, die Sanierung der Mittelberg-Grundschule und die energetische Sanierung städtischer Liegenschaften seien daher im Haushaltsplan nicht dotiert und dem Projekt Realschule untergeordnet worden. Man habe auch im Haushaltsplan kein konjunkturelles Hoch mehr angenommen. Gleiches gelte für die Erträge der e.wa riss. Auch Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform habe man antizipiert. Im Gegenzug seien keine Senkungen von Gebühren, Entgelten oder Steuern vorgesehen. Insgesamt könne man den Haushaltsplan als solide und gut bezeichnen, eine solide Ausgangsbasis, wäre nicht die Finanzkrise, die große Sorge bereite. Selbst Kommunen meldeten sich mittlerweile mit der Sorge zu Wort, dass die Finanzkrise zumindest mittelfristig Auswirkungen auf sie haben könne. Dies sei auch der Fall, da öffentliche Haushalte zunehmend genutzt würden, um Geldinstituten und Firmen Kredite zu geben. Der städtische Haushalt habe in dieser Hinsicht jedoch noch nichts antizipiert, da noch zu vieles unklar sei.

Er spricht die Einweihung der IZBB-Maßnahmen an und dankt den Verantwortlichen für die gelungene Einweihung dieser größten IZBB-Maßnahme in Baden-Württemberg (Applaus). Die Kapitalerhöhung bei den Stadtwerken sei auch als Investition zu sehen. Sie sei maßgeblich notwendig aufgrund der Investitionen in die Bäder, aber vor allem wegen der Tiefgaragen. Er zeigt eine Rechnung auf, wonach 54 % auf die Tiefgaragen entfalle, 32 % auf die Bäder und der Rest in den Betrieb und den ÖPNV fließe. Zur Personalkostenentwicklung führt er aus, man müsse Sorge tragen, dass die Verwaltung nicht in Teilen „überhitze“. Seit längerer Zeit sei zu beobachten, dass man Ämter habe, bei denen sich viel verändere und dies bei gleichem Personalkörper. Belastbare Zahlen, dies zu belegen, könne man jedoch nicht vorweisen. Vergleiche man die Personalkosten ab 2006, dem Jahr an dem alle Ausgliederungen abgewickelt gewesen seien, und berücksichtige man unbeeinflussbare Faktoren wie Umlagen und die Tariferhöhungen, so seien die Personalkosten mehr oder weniger gleich geblieben bzw. die Steigerung resultiere überwiegend aus gemeinsam gefassten Beschlüssen. Der Satz im Vorbericht sei daher nicht absolut richtig, der laute: „Die guten Vorjahre haben dazu beigetragen, von der ursprünglich sparsamen Ausweisung von Stellen allmählich abzuweichen.“. In dieser absoluten Darstellung sei dies nicht richtig bzw. viele Stellen

seien politisch gewollt gewesen. Der Stellenplan enthalte als notwendig erachtete neue Querschnittsstellen. Wichtig zu wissen sei, dass man nicht alle Stellenanmeldungen übernommen habe. Fakt sei, dass viele Aufgaben liegen geblieben, um wichtigere Dinge zu erledigen. Daher seien auch manche Haushaltsanträge aus den Haushaltsberatungen für 2008 mangels Personalkapazität nicht erledigt worden. Zwar benötigte man vor Stellenschaffungen eigentlich belastbare Zahlen, diese zu eruierten koste jedoch Geld und binde in erheblichem Maß Personal, auch wenn man Dritte beauftrage.

Er bedankt sich bei den Dezernenten und dem Kämmereiamt sowie der gesamten Verwaltung und allen Mitarbeitern, da es viel Arbeit bedeute, 91 Mio. € zu bewegen. Dank gelte auch der Wirtschaft und den Betrieben, vor allem den personalgeführten Unternehmen und denjenigen in Familienbesitz und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Danken wolle er auch allen ehrenamtlich Tätigen.

Es wird applaudiert.

EBM Wersch beziffert das gesamte Haushaltsvolumen des Entwurfs auf 118.606.000 €. Bis 2012 habe man keine Steuer- und Gebührenerhöhungen eingeplant, aber auch keine Senkungen, da man hierfür keinen Raum sehe. Der Einkommenssteueranteil sei gegenüber dem Vorjahr erneut höher angesetzt worden und liege nach Plan derzeit bei rund 14 Mio. € und damit rund 1,5 Mio. € über dem letztjährigen Ansatz. Aktuell zeigten die Steuerschätzungen einen ersten Rückgang um 100 Mio. €, was für die Stadt Biberach einen Einnahmeverlust von rund 300.000 € bedeute. Daher seien in der mittelfristigen Finanzplanung Reduzierungen des Einkommensteueranteils vermutlich unvermeidbar. Dennoch gehe man 2009 von einem relativ stabilen Arbeitsmarkt aus. Auf jeden Fall erwarte man keine Massenentlassungen, die zu einer deutlichen Verschlechterung führen würden. Die Grundsteuer habe man zuletzt im Haushaltsplan 2008 gesenkt und Biberach zähle zwischenzeitlich zu den vier baden-württembergischen Kommunen mit den niedrigsten Hebesätzen. In Anbetracht der zu erwartenden schwachen Jahresergebnisse sehe man keinen Raum für weitere Senkungen. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2006 habe man den Hebesatz der Gewerbesteuer um zehn Punkte auf 330 Punkte gesenkt. Im Landesdurchschnitt vergleichbarer Städte habe der Hebesatz im Jahr 2007 bei rund 348 Prozentpunkten gelegen. Mit Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform zum 01.01.2008 sollten die Unternehmen entlastet und eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden. Vermutlich würden erst im Jahr 2010 durch die nachgelagerten Jahresveranlagungen für 2008 die Auswirkungen der Steuerreform klarer. Die aktuellen Rückmeldungen der größeren Unternehmen ließen darauf schließen, dass die für die Betriebe positiven Auswirkungen der Reform (eine Verkürzung der Gewerbesteuer) deutlich zu spüren seien und die vorgesehenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht entsprechend griffen, was bereits ab 2008 geringere Gewerbesteuereinnahmen zur Folge haben werde. Bislang werde dies durch außerordentliche Zuwächse kompensiert. Die Einnahmen fielen zwar geringer aus als ohne Reform, bewegten sich aber dennoch auf außerordentlich hohem Niveau. Man werde versuchen, in den nächsten Monaten die tatsächlichen Auswirkungen der Steuerreform darzustellen. Man könne davon ausgehen, dass die 65 Mio. € der letzten Jahre sicher seien, selbst wenn man noch weitere Probleme durch die Finanzkrise bekommen sollte, wovon auszugehen sei. Inwieweit die Planzahlen der Jahre 2010 ff. haltbar seien, müsse sich zeigen. Dafür müsse man den Verlauf des Jahres 2009 abwarten.

Zu den Umlagen führt er aus, man zahle nicht mehr den Höchstsatz der Finanzausgleichsumlage, aber immer noch 30,62 % auf Basis des Jahres 2007. Die Kreisumlage sei mit 28,4 Punkten stabil geplant und betrage immer noch rund 21 Mio. €. Die Gewerbesteuerumlage liege bei 67 Hebe-

satzpunkten (Vorjahr 65 Punkte). Im Planjahr rechne man mit 13,2 Mio. €, so dass mit 51,8 Mio. € Nettogewerbesteuer minus der Umlage zu rechnen sei. Von 2003 auf 2004 sei die Gewerbesteuerumlage gesenkt worden. Eine nach wie vor unverzichtbare, segensreiche Entscheidung, da man sonst 9 Mio. € Mehrausgaben hätte, was den Haushalt 2009 völlig aus der Bahn werfen würde. Die verbleibenden Steuereinnahmen und die darauf basierenden Umlagen lägen bei knapp unter 30 Mio. € im Jahr 2009. Die Zahl 2008 sei aufgrund der historischen Ergebnisse 2006 so gering.

Die Personalkosten betragen 2009 ohne Altersteilzeit und Pensionsrückstellungen rund 20.440.000 €. Gegenüber dem Vorjahr habe man eine Personalkostensteigerung von 7,6 %, vergleiche man die Planzahlen 2008 und 2009. Seit den Jahren 2004 bis 2009 habe man 13,61 % Personalkostensteigerungen ohne die Pensionsrückstellungen. Diese betragen 2009 rund 32,5 Mio. €. In den genannten Personalkostensteigerungen seien allein rund 10 % kumulierte Tarif- und Umlagensteigerungen enthalten, insbesondere aus den Jahren 2008 und 2009. Die Tarifabschlüsse der Angestellten schlugen angesichts der höheren Beschäftigtenzahlen weitaus mehr durch als die Beamtenbesoldung bei nur 50 Beamten. Die Stellenvermehrung sei von Herrn Fettback richtig dargestellt worden. An sonstigen Personalkosten nennt er den Ausbau der Schulsozialarbeit und die Mobile Jugendarbeit, die die Personalkosten an Dritte auf rund 565.000 € hochschraubten.

Zum sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand führt er aus, dieser Bereich werde jährlich mit großem Interesse und mit großem Fragezeichen betrachtet. Er steige an, obwohl mit den Ausgliederungen der Eigenbetriebe und an die Stadtwerke Biberach einige gewichtige Ausgabeblöcke entfallen seien. Man verzeichne aber auch die Gegenentwicklung, wobei er zwei Bereiche besonders erwähnen wolle: Einmal den Abmangel im Bereich Schulen und städtische Kindergärten, der seit 2005 ohne Personal- und kalkulatorische Kosten um über 2,2 Mio. € netto gestiegen sei. Auch der Unterhaltungsaufwand bei den Gebäuden und den Straßen habe sich in diesem Zeitraum kontinuierlich gesteigert und seit 2004 seien Steigerungen von über 2 Mio. € zu verzeichnen. Man habe also allein 4,2 Mio. € in diesen beiden Ausgabeblöcken, bei denen man gestalterisch tätig sein könne. Daher wolle er auf kleinere Besonderheiten des Haushalts 2009 an dieser Stelle verzichten. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt betrage nach Plan 4 Mio. €, was sich im Laufe der Beratung sicher eher nach unten entwickeln werde, man werde aber auf keinen Fall den Haushaltsausgleich gefährden. Der Einbruch 2008 sei den besonderen Bedingungen geschuldet, die man schon öfters dargestellt habe. Zum Vermögenshaushalt trägt er vor, der Entwurf sehe ein Haushaltsvolumen von 23,65 Mio. € vor. Das Volumen sei durch geringere Rücklagenentnahmen und Wenigerinvestitionen reduziert. Das Investitionsvolumen der Jahre 2009 ff. betrage weit über 100 Mio. €, wobei man Anmeldungen von rund 135 Mio. € gehabt habe. Da nicht alles realisiert werden könne, habe man das Volumen in der Dezernentenkonferenz reduziert. Das wichtigste Projekt sei die Realschule, die viel Kraft binden werde. Dabei gehe es nicht nur um Geld, sondern auch um andere Ressourcen, die angegriffen würden. Die Bauausgaben seien 2009 mit knapp 10 Mio. € ein wenig geringer vorgesehen ohne Eigenbetriebe und die Stadtwerke. Dies sei eine Zahl, die sich sehen lassen könne. Schwerpunkte seien einmal die Schulen und Sportstätten mit rund 3,2 Mio. € sowie die Straßenausbauten und -sanierungen mit rund 5,6 Mio. €. Zur Finanzierung legt er dar, man benötige rund 9 Mio. € Rücklagenentnahme, erwarte 5 Mio. € aus Veräußerungen von Anlagevermögen und rund 5 Mio. € aus Beiträgen und Zuweisungen. Es sei keine Kreditaufnahme geplant, was auch für die nächsten Jahre gelte. 2005 habe man einmal eine andere Risikovorsorgestrategie diskutiert. Die aktuelle sei kapitalmarktorientiert und daher sei es in einer Situation wie der Finanzmarktkrise richtig, das Szenario zu verändern und liquide Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen vorzusehen.

Er weist auf die fehlerhafte Presseberichterstattung im Wochenblatt hin, die er auf Bitte der Volksbank auch hier in aller Öffentlichkeit richtig stellen wolle. In einem Teil des Berichts sei zu recht gestanden, dass man 15 Mio. € in einem Schuldscheindarlehen über die Kreissparkasse bei Lehman Brothers angelegt habe. Falsch sei, dass man weitere 15 Mio. € über die Volksbank bei Lehman Brothers angelegt habe. Die angelegten 15 Mio. € bei der Volksbank seien bei einer Schweizer Bank angelegt, die dem Volksbanksicherungsfond unterlägen und mit Lehman Brothers nichts zu tun hätten.

Zu den Schulden verdeutlicht er, die Stadt sei seit 2006 schuldenfrei. Man müsse jedoch wissen, dass man insgesamt 34,5 Mio. € Schulden erwarte ohne Stadtwerke und ohne e.wa riss. Diese spiegelten sich mit 33 Mio. € bei der Stadtentwässerung und mit rund 1,4 Mio. € beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft wider. Risiken seien in beiden Bereichen grundsätzlich nicht zu erkennen.

Zum Stand der Rücklagen zum 31.12.2009 lässt er wissen, sie betrügen dann noch 74 Mio. €. Die Untere Schranke müsse man zurücknehmen, sofern dies der Partner wünsche, es sei denn, der Gemeinderat beschließe den Verkauf an Dritte. Zusätzlich habe man die Pensionsrückstellungen und man müsse die Wieland-Stiftung berücksichtigen mit den hierfür gebildeten Rücklagen. Ferner seien Verbesserungen aus dem Haushalt 2008 nicht auszuschließen, die zu einer Reduzierung der Rücklagenentnahme führen würden. Ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeige, dass man 2009 bei knapp 30 Mio. € liege, 2010 eine geringe Senkung erfolge, ehe man wieder von Steigerungen ausgehe. Die Verbesserung 2012 sei nicht unbedingt Grund zur Freude, da sie auf geringere Eigensteuereinnahmen im Jahr 2010 zurückzuführen sei.

Das Ergebnis der Zuführung zum Vermögenshaushalt sei unbefriedigend, ein Ergebnis, das man ähnlich schlecht zuletzt um das Jahr 2000 gehabt habe. Dies zeige, dass man sich in einer Phase befinde, die Vorsicht erfordere. Auch ohne Finanzmarktkrise sei klar gewesen, dass es nicht so weitergehen werde wie seit 2005 und dass ein Gefälle kommen werde. Frage sei jedoch, wo sich die Auffanglinie befinde. Daher könne man nicht uferlos weitermachen wie bisher. Der Schuldenstand ohne Eigenbetriebe betrage zum Ende des Finanzplanungszeitraumes Null. Die Aufnahme von Kassenkrediten wolle man vermeiden, da sie viel Geld kosteten. Im Land Baden-Württemberg seien im Durchschnitt 9 € pro Bürger Kassenkredite aufgenommen worden. Im Saarland habe dieser Betrag 1.118 € betragen. Dorthin wolle man in Biberach nie kommen und sei auch noch nie gewesen. Als Fazit zitiert er Benedict von Spinoza mit den Worten „Nichts bringt dem Menschen mehr Gewinn, als nach den Grundsätzen der Vernunft zu leben.“

Es wird applaudiert.

StR Dullenkopf führt für die CDU-Fraktion aus: „Verehrte Anwesende, niemand, der in diesen Tagen eine Haushaltsrede hält, wird an Stichworten, wie Rezession, Finanzkrise oder bei uns an einem so typisch deutschen Wortungeheuer wie Unternehmenssteuerreformauswirkungen – immerhin 36 Buchstaben - vorbeikommen. Wenn wir in den Haushaltsplan schauen, sehen wir, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass sich die Auswirkungen – wenigstens was die Höhe der Gewerbesteuer angeht – in Grenzen halten werden. Dass aber diejenigen Unternehmen, die von der Bau- oder Fahrzeugindustrie abhängen, mit schwierigeren Bedingungen zurecht kommen müssen, werden wir auch in Biberach erleben. Wenn aber – wie gesagt - die Verwaltung hier, wenigstens für die nächsten Jahre, keine größeren Probleme sieht, werde ich dieses auch nicht weiter problematisieren. Im Jahr 2009 hat die Verwaltung nicht vorgesehen, etwas bei den Gebühren oder bei den Steuersätzen zu verändern. Die CDU-Fraktion wird dieses vom Grundsatz her auch

nicht fordern. Auch die Einkommenssteueransätze lassen erkennen, dass auch hier keine gravierenden Einbrüche befürchtet werden. Beim Stichwort Gebühren hat sich die Fraktion darauf festgelegt, keine Wahlgeschenke mit der Gießkanne zu verteilen. Für uns sind auch weiterhin die Anzahl von Kinder oder das Alter keine Kriterien für sich allein – von den bestehenden Ausnahmen abgesehen – um unterschiedliche Preise oder Gebühren zu erheben. Dieses gilt insbesondere auch für das Mensaessen oder die Kindergartengebühren. Selbstverständlich würden sich die Erziehenden über eine finanzielle Entlastung freuen. In den meisten Fällen wäre es aber nicht notwendig und vor allem – es wäre nicht gerecht. Der Biberacher Steuerzahler hat ein Recht darauf, dass seine Gelder nur für Biberacher ausgegeben wird. Durch die bestehende indirekte Subventionierung sind wir da heute schon nicht ganz konsequent. Wenn wir aber eine weitere, direkte Subventionierung vornehmen würden, dann müssten wir dieses aber auch in allen Einrichtungen tun, in denen Biberacher Schüler betreut werden und zu Mittag essen. Viele alte Menschen haben kein Vermögen und eine so geringe Rente, dass sie zum Beispiel wenn sie im Bürgerheim leben, vom Sozialamt unterstützt werden müssen. Das ist auch richtig so. Wenn Kinder von Hartz IV-Empfängern zum Beispiel in der Mensa regelmäßig essen, bekommen ihre Eltern dafür keinen zusätzlichen Betrag. Konkret heißt das zum Beispiel für den Monat November, dass dann, wenn ein 13-jähriges Kind in der Mensa 20 mal gegessen hat, der ganze Betrag, der ihm nach Hartz IV für die ganze Monatsverpflegung zusteht (35% von 211 €) allein für das Mensaessen ausgegeben wurde. Das darf nicht sein. Und hier fordern wir die Verwaltung auf, dass sie uns eine Regelung aufzeigt, die diese Situation ganz schnell verändert. Bei den Kindergartengebühren wollen wir, solange es noch keine gesamtgesellschaftliche andere Regelung gibt, dass die schon bestehende Härtefallregelung (25% Nachlass bei weniger als 24 000/28 000 € pro Jahr), dass die Einkommensgrenzen nach oben korrigiert werden. Bei der Diskussion des Kindergartenberichts vor ca. einem halben Jahr haben wir angeregt, dass die Verwaltung eine Resolution vorbereiten möge, in der die Landesregierung aufgefordert wird, eine landeseinheitliche Gebührenbefreiung vorzunehmen. Ob dieses von Erfolg gekrönt worden wäre, muss bezweifelt werden. So wollen wir wenigstens diesen kleinen Schritt in die richtige Richtung tun.

Viele Diskussionen, die zurzeit in den städtischen Gremien geführt werden, drehen sich um die Schulentwicklung in der Stadt. Schlüsselpunkt ist hierbei die Realschule. Die CDU-Fraktion spricht sich ganz klar für einen Neubau aus. Am besten mit einer Sporthalle und das alles in der „Sport- und Schulmeile“. Wenn man die möglichen Synergien betrachtet, die Bündelung der ÖPNV-Anbindungen, die Nähe zu den Sportplätzen und zum Stadion, die Mensa in den Gymnasien, muss man die mögliche Lösung als große Chance betrachten. Zugleich stellt sie aber auch eine große Herausforderung dar. Und dieses nicht nur in finanzieller Hinsicht. Hätte sich die Situation so vor ca. vier Jahren dargestellt, hätten wir vermutlich die Chance ungenutzt verstreichen lassen, weil uns das Risiko, vermutlich ca. 20 Mio. für das Gesamtvorhaben ausgeben zu müssen, zu groß gewesen wäre. Zuerst muss aber – hoffentlich noch in diesem Jahr! – die Grundsatzentscheidung in Bezug auf den Neubau der Realschule getroffen werden. Für uns hat die Verbesserung der Schulinfrastruktur hohe Priorität.

Sorgen bereiten uns die Entwicklungen bei den Stadtwerken. Der Kapitalbedarf für die Jahre 2007 bis 2013 wird mit über 20 Mio. € angegeben und er ist möglicherweise noch höher. Neben den Ausgaben für die Bäder, die Tiefgaragen und den Busbetriebshof ist mit einem Rückgang der Ausschüttungen von der e.w.a riss an die Stadtwerke zu rechnen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, dass sich die Stadt stärker in den Betrieb einbringt und zwar nicht nur über den Aufsichtsrat. Neben dem Geschäftsführer der Stadtwerke – der diesen Vorschlag nicht als Misstrauensvotum verstehen möge, wir sind mit ihm in diesem seinem ersten Jahr sehr zufrieden – könnte ein Geschäftsführer aus der Stadtverwaltung dafür garantieren, dass das Kostenbewusstsein gestärkt

wird. Kostenbewusstsein muss aber auch im Haushaltsplan der Stadt angemahnt werden. Zwar werden wir auch im Jahr 2009 im Kernhaushalt keine Schulden haben, im Gegenteil, wir haben hohe Rücklagen und Rückstellungen. Wenn wir uns aber die Entwicklungen bei den Zuführungen vom Verwaltungshaushalt ansehen, erkennen wir, dass wir aufpassen müssen. Die Prognosen bei der Anlage 21, die der Finanzplanung für den Planungszeitraum bis 2012 zugrunde liegen, lassen erkennen, dass, von einem hohen Niveau ausgehend, mit geringeren Einnahmen in den nächsten Jahren gerechnet wird. Gleichzeitig werden die Personalkosten allein in 2009 gegenüber 2008 um ca. 1,5 Mio. € ansteigen und bis zum Ende des Planungszeitraumes nochmals um ca. 1,6 Mio. €. Unsere Stimmen wird die Verwaltung hierzu nicht bekommen. Bei gleichen oder geringeren Einnahmen kann man nicht einfach beim Personal immer mehr „draufsatteln“. Wo immer es uns möglich und sinnvoll erscheint, werden wir für bestimmte Aufgaben befristete Arbeitsplätze schaffen. So wie wir dem Verwaltungsvorschlag zur Schaffung einer befristeten Projektstelle zustimmen werden, falls es zum Bau der Realschule kommt. Gegen unsere Bedenken wurde beim Gebäudemanagement eine Stelle im Jahr 2008 überplanmäßig geschaffen, die versprochenen positiven Auswirkungen sehen wir im Haushaltsplan 2009 nicht. Und bei der Eigenreinigung haben wir auf mögliche Schwachstellen gegenüber einer Fremdvergabe hingewiesen. Unsere Bedenken wurden von der Verwaltung als nicht stimmend zurückgewiesen. Dass sie eben doch stimmten, sehen wir in der entsprechenden Stellenanforderung für 2009. Dass die Verwaltung rein personell nicht in der Lage ist alles das zu erledigen, was der Stadtrat in der Lage ist zu fordern, erkennen wir an. Bestimmte Maßnahmen, die bisher vorgesehen waren in den nächsten Jahren erledigt zu werden, werden nun zeitlich gestreckt. Dies muss aber für uns nachvollziehbar sein. Im Investitionsprogramm ist die Sanierung der Birkendorf-Grundschule nicht mehr im Finanzplanungszeitraum aufgeführt. Unsere Frage ist hier, ob sich das auch auf die Duschen und das Lehrschwimmbecken bezieht. Bei der Mittelberg-Grundschule hat sich der erwartete Sanierungsaufwand deutlich erhöht, aber auch hier fragen wir uns, ob die Verschiebung von 2010 auf nach 2012 zu verantworten ist. Bei dem Ausbau der Gaisental-Grundschule ist der Ausbau zur einzigen Grundschule mit Ganztagesbetreuung von 2008 auf 2010 geschoben worden. Und das obwohl wir Ende August 2007 extra eine Sondersitzung in den Ferien mit dem Bauausschuss abgehalten haben, um die Angelegenheit zu beschleunigen. Auch die Sanierung der PG-Sporthalle wird von 2010 auf nach 2012 geschoben. Die Verbindungsstrasse Mettenberger Strasse/Ulmer Strasse ist nun für das Jahr 2012 vorgesehen. Hier ist die CDU-Fraktion aber der Meinung, dass diese im Zusammenhang mit dem neuen Baugebiet wichtige Strasse im Jahr 2010 begonnen werden muss. Für das Jahr 2010 sind Mittel für Sportplätze in den Teilorten eingestellt. Das kann für Mettenberg nicht gelten. Der sehr schnell angewachsene Stadtteil hat einen enormen Nachholbedarf, was die Sporthalle und vor allem einen Sportplatz angeht. Dass beim Freizeitgelände der Grillplatz direkt am Bolzplatz liegt, bringt durch Verunreinigungen und durch Scherben Gefahren für die mittlerweile vielen Kinder und Jugendlichen, die dort trainieren. Dieses ist nicht zu verantworten. Mit einer Verschiebung ins Jahr 2010 sind wir deshalb nicht einverstanden. Wenn die Ringschnaiter Vereine anbieten, bei den für 2009 vorgesehenen Veränderungen am Badeweiher durch Eigenleistungen von ca. 20.000 € ein Beachvolleyballfeld für 10.000 € herzustellen, dann wollen wir dieses unterstützen. Solche und ähnliche Anträge haben wir zum Stellenplan und zum übrigen Haushaltsplan gestellt – insgesamt 29 -, die wir in die Beratungen der Ausschüsse einbringen. Dazu sind noch 11 Anfragen formuliert worden, die zum größten Teil wohl schriftlich von der Verwaltung erledigt werden können. So zum Beispiel wenn wir wissen wollen, warum in der Anlage 9 auf Seite 439 die Verpflichtungsermächtigung von 575.000 € für den Hochwasserschutz Stafflangen/Hofen sich nicht in der Anlage 21 auf Seite 509 wieder findet. Zum Schluss darf ich im Namen der Fraktion allen an der Aufstellung des 1.570 g schweren Haushaltsplanes Beteiligten danken – insbesondere der Fachfrau für die Finanzen, Frau Leonhardt und dem Ersten Bürgermeister Wersch. Viele Dinge werden insbesondere im Vorbericht verständlich

und gewohnt übersichtlich dargestellt. Vielen Dank! Dies hat es der CDU-Fraktion erleichtert in einer über 7-stündigen Klausursitzung die wesentlichen Eckpunkte im Haushaltsplan zu erkennen und zu diskutieren. Das Ergebnis der Beratung habe ich hiermit vorgetragen.“

Applaus.

StRin Kübler äußert sich für die SPD-Fraktion wie folgt: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, für das Jahr 2009 liegt uns wieder ein Haushalt vor, deren Eckdaten für viele anderen Städte nahezu traumhaft sind. Die Gewerbesteuer ist um 20 Mio. € höher ausgefallen, wie geplant. Rund 80 Mio. € stehen wieder als Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Biberach zur Verfügung. 2007 waren es 87 Mio. €. Festzuhalten ist, dass seit 1998 (17 Mio. €) die Gewerbesteuereinnahmen stets ansteigend sind. Die SPD –Fraktion hat sich in den letzten Jahren auf drei Großprojekte konzentriert. Die von uns geforderten Investitionen im Bereich Bildung und Betreuung, für den Neubau Hallenbad und für die Bahnsteigerhöhung sind entweder zwischenzeitlich abgeschlossen oder auf den Weg gebracht. Auf dem Bahnhofsgelände sind die Veränderungen nicht nur sichtbar, sondern bereits teilweise erlebbar. Aus Ulm kommend kann heute schon bequem ein- und ausgestiegen werden. Wir hoffen, dass bis zum Bauende auch eine glückliche Lösung zur Fahrgastinformation gefunden wird. Das Hallenbad erfährt einen Besucheransturm wie nie zu vor. Ein Zeichen für eine gut angelegte Investition. Mit der abgeschlossenen Anbindung an das Freibad wird Biberach neben dem Schul-Campus ein weiteres Vorzeigeprojekt aufweisen können. Zum Haushalt 2009 haben wir uns die Themen Bildung, Betreuung, Substanzerhaltung, Energie und Umweltschutz zum Schwerpunkt gesetzt. Am Samstag konnte der Ausbau zur Ganztageschule der beiden Gymnasien offiziell eingeweiht werden. Für die kurzweilige und eindrucksvolle Einweihungsfeier ein großes Lob an die Organisatoren! Die 18,5 Mio. €, die hier verbaut wurden, fallen ebenfalls unter die Rubrik einer sinnvollen und zukunftsorientierten Investition. Bundesministerin Frau Dr. Schavan bestaunte am Samstag, was trotz Einmischung des Bundes in die Kernaufgaben des Landes Tolles entstehen kann. Das große Lob aus ihrem Munde war nicht zu überhören. Vor ca. 5 Jahren, als Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, war ihre Reaktion noch eine ganz andere gewesen! Zumindest am Anfang hatte sie sich heftig gegen das Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) der damals rot-grünen Regierung ausgesprochen. Eine Aussage von Frau Schavan haben wir uns besonders gut gemerkt, und zwar diese „dass ein Gebäude auch ein Stück Pädagogik ist“. Denn das bestätigt unsere Forderung zum Haushalt 2009 nach einer zeitnahen Weiterentwicklung sowie zum Ausbau aller Biberacher Schulen zu Ganztageschulen. Dazu müssen natürlich die Rahmenbedingungen stimmen! Räumlichkeiten allein machen noch keine Ganztageschule aus. Die Betreuung, ein ganz wichtiger Part, muss auch gewährleistet sein. Hierzu ist eine faire Lastenteilung zwischen Land und Kommune notwendig. Erreicht wird das nur durch eine gesetzliche Verankerung der Ganztageschule als Bildungseinrichtung. Dadurch, dass das Land hier nicht Nägel mit Köpfen macht, bleiben sämtliche Kosten des Betreuungspersonals an der Stadt hängen. Viele positive Rückmeldungen zu den neuen Räumlichkeiten, wie der Mediothek, der Holzwerkstatt, der Lernbereiche oder der Mensa gab es am Samstag von den zahlreichen Besuchern, die den Tag der offenen Tür genutzt haben. Nur ein Kritikpunkt kristallisierte sich heraus, und das war der zu hohe Preis für das Mensaessen für die Schüler. Somit sehen wir uns in unserem Antrag, ein kostengünstigeres Mensaessen den Schülern zu Verfügung zu stellen, bestätigt und hoffen auch auf eine Mehrheit im Gremium.

Um beim Thema Bildung und Betreuung zu bleiben, komme ich gleich zu unserem nächsten Antrag. Wir fordern den beitragsfreien Kindergartenbesuch für alle Biberacher Kinder! Für die Umsetzung soll die Verwaltung 2009 ein Konzept erarbeiten. Aber auch weitere Qualitätsverbesser-

rungen, wie kleinere Gruppen, mehr Personal, Qualifizierungsangebote für Erzieherinnen stehen als Forderung in diesem Antrag. Der Tagesmütterverein leistet in der Kleinkind- und Ferienbetreuung bereits einen großen Beitrag und muss in die Zuschussförderung für Biberacher Kinder mit einbezogen werden. Einhellige Meinung besteht darin, dass Bildung bereits im Kindergarten beginnt. Die Einführung des Orientierungsplans ab 2009, verbindliche Weichenstellungen für ein längeres gemeinsames Lernen durch Kooperation von Kindergarten und Grundschule nach dem Vorbild der Bildungshäuser machen eine zügige Umsetzung eines gebührenfreien Kindergartenbesuch zur Pflicht, damit alle Kinder die gleichen Start-Chancen erhalten. Das Land hält hier bedauerlicherweise den Zug, den sie in die richtige Richtung auf den Weg gebracht hat, auf halber Strecke an. Schade! Nach reichlicher Abwägung hat sich die SPD-Fraktion für eine weitere Übernahme einer originären Aufgabe des Landes durch die Stadt entschieden. Wir stellen den Antrag auf vollständige Gebührenfreiheit, weil die finanzielle Ausstattung der Stadt Biberach dies zulässt und weil Bildungspolitik auch Arbeitsmarktpolitik ist mit Blick auf den demografischen Wandel. Für ausreichend qualifizierte Fachkräfte von morgen, müssen wir heute in unsere Kinder investieren! Die zusätzlichen Mittel, die für die Gebührenübernahme zur Verfügung gestellt werden müssen, sehen wir nur als vorübergehende Maßnahme an. Eine zeitige Entlastung des Haushalts liegt auch in unserem Interesse. Wir wollen damit die Landesregierung nicht aus der Pflicht entlassen, sondern fordern weiterhin den verpflichtenden Kindergartenbesuch. Unser erster Antrag im Juli 2007, Eltern mit zwei und mehr Kindern von der Gebühr zu befreien, fand leider keine Mehrheit. Die CDU hat uns damals als Begründung der Ablehnung Unterstützung bei der Forderung gegenüber der Landesregierung zugesagt. Die angesprochene Resolution wurde von uns beantragt. Doch diese Aktivitäten vermissen wir bis heute.

Wie gesagt, wir könnten solche Forderungen nicht aufstellen, wenn die finanzielle Ausstattung der Stadt nicht so hervorragend wäre. An dieser Stelle ist es nun Zeit, Dank an unsere innovativen Biberacher Familienunternehmen auszusprechen, die am Wirtschaftsstandort Biberach festhalten. Auch für das übergroße Engagement, dass sie für die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen leisten. Das bedeutet aber auch für die Stadt, volle Kraft in die Wirtschaftsförderung zu stecken. Themen wie Standortsicherung und Wettbewerbsfähigkeit müssen erste Priorität haben. Daher stehen wir der Entwicklung eines Interkommunalen Gewerbegebietes positiv gegenüber. Ein neuer Weg, an dem wir nicht vorbeikommen, wollen wir unseren Unternehmen ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Wir erkennen aber auch, dass die Finanzmarktkrise mit deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, für die Kommunen die mittelfristigen Perspektiven bei den Steuereinnahmen verdunkeln. Biberachs finanzielle Ausstattung einschließlich Vorsorgepolitik in den letzten zwei Jahren (insgesamt rund 110 Mio. € an Rücklagen, Risikovorsorge und Pensionsrückstellungen) lassen es glücklicherweise zu, dass noch ausreichend Spielraum für anstehende notwendige Erhaltungsinvestitionen, wie zum Beispiel die energetische Sanierung der Schulgebäude oder die Straßensanierung vorhanden ist. Die SPD-Fraktion vertritt deshalb die Meinung, Substanzerhaltungsmaßnahmen nicht mehr auf die lange Bank zu schieben und sich nicht nur ausschließlich auf die Straßensanierung zu konzentrieren. In diese Richtung gehen auch unsere weiteren Anträge. Die energetischen Sanierungen öffentlicher Gebäude, vorrangig die Biberacher Schulen, lassen allein schon aufgrund der stetig steigenden Energiekosten keine Verschiebung zu. Hier sind mittel- bis langfristig nachhaltige Einsparungen zu erreichen. Und was ein ganz wichtiger und weiterer Aspekt ist: Mit der Auftragsvergabe stärken wir das regionale Handwerk! Damit leisten wir einen kommunalen Beitrag gegen den konjunkturellen Abschwung! Darüber hinaus lautet ein Antrag, modellhafte Energieprojekte für die Innenstadt zu entwickeln. Hier soll geprüft werden, wie zukünftige regenerative Energieformen zur Ressourcenschonung, wie zum Beispiel das Grundwasser oder die Abwasserwasserwärme, genutzt werden können. Außerdem sollen uns Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie die Stadt künftig unabhängiger vom Energiebe-

zug werden kann. Hier denken wir z.B. an eine Beteiligung an regenerativen Kraftanlagen, so wie es die Stadt Schwäbisch Hall bereits praktiziert.

Der Neubau der Dollinger-Realschule ist zwar noch nicht beschlossen, aber alle Anzeichen deuten darauf hin. Neben der Standortsuche sehen wir auch die Notwendigkeit einer Neuordnung der Biberacher Schullandschaft einschließlich der privaten Schulträger. Hierzu sollte uns das zuständige Amt Informationen liefern, die wir in unserem Antrag vom Mai 2008 präzisiert haben, um ohne Druck die notwendigen Weichenstellungen vornehmen zu können. Doch leider wurde bis heute noch nicht auf unseren Antrag reagiert. Ärgerlich deswegen, weil Aussagen dazu sicherlich haushaltsrelevant gewesen wären. Die Dollinger-Realschule wird in einem Zuge mit der Hochschule diskutiert. Die SPD-Fraktion wünscht sich gemeinsame Bemühungen von Stadt, Kreis und Land, die Hochschule in ihren Anstrengungen um neue Studiengänge zu fördern. Daher fordern wir als eine Zeichensetzung die Auslobung eines Forschungspreises durch die Stadt.

Aber nun zurück zum Thema Energie: Ein weiterer Antrag lautet, den Neubau Realschule als ein energetisches Vorzeigebauwerk zu bauen. Der Landkreis hat es mit Gebäuden im BSZ vorgemacht. Zum Thema Substanzerhaltung passt auch das Thema „Roter Bau“. Für die SPD-Fraktion ein erhaltenswertes Objekt! Nachdem die Stiftung des Hospitals nur begrenzte Lösungen für eine Umnutzung zulässt, wurden 2008 optional von der Stadt 1 Mio. € für die Sanierung bereit gestellt. Auch 2008 hat sich nichts Greifbares in Richtung Umnutzung ergeben. Wir stellen den Antrag, das Gebäude von der Hospital-Stiftung zu erwerben um unter den erleichterten Bedingungen ein Nutzungskonzept zeitnah aufstellen zu können. Die Sanierung der Toilette am Kirchplatz ist nun nach jahrelanger Forderung endlich auf den Weg gebracht. Auf dem Stadtfriedhof steht auch eine dringende Sanierung des WCs an. Aufgrund unseres Antrags aus dem Jahr 2008 wurde uns für 2009 eine Planung für die Erstellung einer Behindertentoilette zugesagt. Es hat sich seither aber nichts getan. Wir wiederholen unseren Antrag heute nochmals und ergänzen ihn um die Sanierung der gesamten Toilettenanlage. Etwas verärgert sind wir darüber, dass uns die für 2008 zugesagte Analyse zum Thema „Einstieg in den kommunalen Wohnungsbau“, die wohl schon 2007 auf den Weg gebracht war, bis heute nicht vorgelegt wurde. Die Wichtigkeit dieses Themas haben wir ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht. Zwei Prüfaufträge, jeder in seiner Art von besonderer Bedeutung, haben wir formuliert. In der Anlage 11 ist aufgeführt, dass 10 neue Arbeitsplätze im DG der Bad- und Waschanstalt entstehen. Ein Anliegen von uns ist es, den Bereich Tourismus im Rathaus unterzubringen. Zum einen, weil Touristen das Rathaus oftmals als erste Anlaufstelle nutzen. Und zweitens, um die Raumnot im Kulturamt zu verbessern. Für eine Umsetzung müssten aber bestehende Arbeitsplätze aus dem Rathaus in die Bad- und Waschanstalt verlagert werden. Und der zweite Prüfauftrag umfasst die Stadtwerke. Die kommunale Daseinsvorsorge, darunter fällt auch die Energieversorgung, erlangt eine immer größere Bedeutung. Wir wollen die Verwaltung beauftragen, über die Stadtwerke zu prüfen, wie diese mehr Einfluss auf die e.w.a. riss erhalten kann. Ein Satz noch zu den Personalausgaben. Auf der Seite 26 im Vorbericht steht folgender Satz auf den OB Fettback schon hingewiesen hat: „Die guten Ergebnisse der Vorjahre regen vermutlich dazu an, von der ursprünglich sparsamen Ausweisung neuer Stellen allmählich wieder abzurücken.“ Dem möchten wir vehement widersprechen, weil wir der Meinung sind, aufgrund des Aufgabenzuwachses ist jede neue Stelle gerechtfertigt. Nachdem dies unsererseits nur eine subjektive Beurteilung sein kann, haben wir gleichzeitig den Antrag gestellt, die Gemeindeprüfungsanstalt zu beauftragen, die Personalwirtschaft der Stadtverwaltung zu untersuchen. Zum Bereich Sport haben wir zum Haushalt 2008 ausführlich Stellung genommen. Wichtig ist, dass in der mittelfristigen Finanzplanung Gelder eingestellt sind. Mit der öffentlichen Behandlung des Sportberichts werden wir ausführlich darauf eingehen. Mit einem großen Dankeschön an Herrn Wersch und Frau Leonhardt für die Aufstellung des Haushaltsplanes und an alle Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter, Amtsleiter und Dezernenten für ihr stets freundliches Entgegenkommen möchte ich meinen Beitrag beenden und Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Es wird applaudiert

StR Zügel bezieht für die Freien Wähler wie folgt Stellung: „Sehr geehrte Damen und Herren, der Haushalt des Jahres 2009 verspricht sehr viel mehr als er halten kann. Weshalb formuliert die FW/UB-Fraktion eine derartig skeptische Position bei hohen Steuereinnahmen und bei einer Nullverschuldung im Jahr 2009? Weil wir über ein Jahr hinaus denken und weil die Struktur des Haushalts beginnt in eine deutliche Schiefelage zu rutschen. Um dies zu erkennen, muss man sich die Mühe der Analyse machen. Welches sind die grundsätzlichen Tendenzen dieses Haushalts? Hohe Steuereinnahmen und noch höhere Ausgaben. Die Stadt Biberach nimmt mit vollen Händen ein und gibt mit vollen Händen aus. Die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt ist angesichts dieser Einnahmehöhe genau genommen miserabel und war selbst in Zeiten niedrigerer Steuereinnahmen wie in den Jahren 2000-2002 deutlich besser. Die unausweichliche Kapitalstärkung der Stadtwerke wegen des Neubaus des Hallenbades, der Sanierungen der Tiefgaragen zehrt an dem Haushalt ebenso wie die permanent steigenden Kosten für Energie, Gebäudeunterhaltung, Bewirtschaftskosten und die nicht zu unterschätzenden steigenden Personalkosten. In der unterschiedlichen Betrachtung von Oberbürgermeister und Erstem Bürgermeister erkennt man, wie umstritten diese Betrachtung im eigenen Haus ist. Wenn vom Oberbürgermeister gesagt wird, dass Gebäude, die man hat, nicht weggenommen werden können, stimmt dies, aber sie müssen auch unterhalten werden und dadurch steigen die Kosten für Betrieb und Unterhaltung. Die rekordverdächtige Rücklage unter Abzug der Rückstellungen von über 82 Mio. € im Jahr 2007 soll bis zum Jahre 2012 auf 26,7 Mio. € abgeschmolzen werden, bei fast gleich bleibenden Schulden von 30 Mio. € beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung. (Siehe Seite 56.) Damit werden die Rücklagen der Stadt förmlich geplündert. Das finanzielle Polster, von der Verwaltung auf Seite 56 des Vorberichts mit einem 1,5-2 fachen Nettogewerbesteueraufkommen angegeben, ist dahin. Gemeinderat und Verwaltung nehmen sich die Reaktionsmöglichkeiten für Unvorhergesehenes, sie rauben sich die Handlungsmöglichkeiten für die Gestaltung der Zukunft. Dabei ist die Darstellung des Werteverzehrs im städtischen Haushalt nach neuem Haushaltsrecht wie die Verwaltung auf Seite 044 des Vorberichts selber einräumt eher geschönt. Die reiche Stadt Biberach würde bei neuen Bewertungsmaßstäben keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können. Und keiner kann wirklich erwarten, dass angesichts des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes keinerlei ungeplante Belastungen auf die Städte zukommen. Allein die Stichworte Finanzkrise und Südbahn genügen.

Das Investitionstempo ist zu schnell, es überfordert die Verwaltung und erzeugt zusätzliche Kosten. Und die Verwaltung weiß darum, sie sagt es selber auf Seite 044 des Haushalts und zieht keine ausreichenden Konsequenzen. Fazit: Biberach fängt also an ein zu großes Rad zu drehen.

Immer wieder hören wir den Oberbürgermeister mit der Aussage, der Stadt Biberach gehe es gut. Dies trifft für die Vergangenheit sicher zu, noch für die Gegenwart, aber nicht mehr für die Zukunft angesichts der Struktur des Haushalts. Würde man in den Beratungen zum Haushalt den Abschnitt der mittelfristigen Finanzplan von der Beschlussfassung abkoppeln können, würden die Fraktion FW/UB genau dieser mittelfristigen Finanzplanung nicht zustimmen können. Deshalb will die FW/UB-Fraktion gegensteuern, um die kritische Entwicklung der Finanzstrukturen zu ändern. Dazu gehören nur wenige, aber dafür wesentliche Grundsätze:

- Angefangenes zu Ende zu bringen
- Maßhalten in den Ausgaben
- Alle nicht wirklich notwendigen neuen Projekte schieben

Was ist an Neuem wirklich notwendig? Nur zwei Dinge genau genommen. Das Projekt Neubau der Dollinger-Realschule und das interkommunale Gewerbegebiet.

Der Neubau der Realschule ist eine einzigartige Chance für Biberach. Diese Chance wollen die Freien Wähler nutzen, aber nicht zu jedem Preis. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat den Neubau. Die Stadt Biberach zahlt dafür einen Beitrag in mehrfacher Hinsicht. Einmal finanziell mit einem Nettoinvestitionsvolumen von ca. 11 Mio. €, die Mittel, die in die bisherige Sanierung der Dollinger-Realschule geflossen sind, noch nicht einmal gerechnet. Nicht gerechnet sind auch die zusätzlichen Kosten für den Neubau der Sportmeile. Dennoch ist der Neubau eine Chance. Es ist aber auch die Konzentration auf ein Mammutprojekt, unter dem zwangsweise alle anderen Vorhaben der Stadt leiden müssen, gleichgültig ob eine zusätzliche Projektassistenz eingestellt wird oder nicht. Denn bei diesem engen Zeitkorsett ist vieles bereits erledigt, bis die Person anfängt wirksam tätig zu werden. Und die Verwaltung muss sich fragen lassen, weshalb das Bauvorhaben der Gymnasien ohne Projektassistenz abgewickelt wurde, beim Neubau der Realschule neben einer neuen Amtsleitung für Bildung + Betreuung eine zusätzliche Stelle für fünf Jahre geschaffen werden soll.

Das interkommunale Gewerbegebiet ist für Biberacher Firmen wichtig. Es ist wichtig als Reservegebiet. Es ist wichtig für konjunkturelle Anforderungen. Selbst wenn es nicht so viel Geld kostet, es bindet viel Arbeitskraft in der Verwaltung. Arbeitskraft, die nur bedingt ausgelagert werden kann. Und Genaues weiß man noch nicht, kann man noch nicht wissen. Man steht am Anfang der Planung. Aber der Gemeinderat, so ist unsere Meinung, steht gegenüber den Biberacher Firmen in der Pflicht, das optimale bereitzustellen. Angefangenes zu Ende bringen. Diesem Ziel ordnen wir unsere Anträge unter. Kein Antrag der Freien Wähler löst echte Mehrkosten aus.

Das Hospiz in Biberach muss endlich Gestalt annehmen. Die zähen Verhandlungen mit der St. Elisabeth Stiftung fangen an zu zermürben und lassen Zweifel am Wunsch der Gegenseite aufkommen. Wenn der Stiftungsgedanke nicht realisierbar ist, wollen die Freien Wähler den Weg der Defizitübernahme mitgehen. Konkret heißt das, die laufenden Kosten des Betriebs eines Hospizes werden durch die Träger Stadt, Hospital und Landkreis übernommen. Angefangenes zu Ende bringen heißt auch im Jahr 2009 die Wieland-Stiftung auf den Weg zu bringen. Angefangenes zu Ende bringen beinhaltet auch die Qualität der Kindergärten und der Kindertagesstätten zu bewahren und wenn möglich zu steigern. Auch wenn die Defizite in diesem Bereich massiv steigen. Das bedeutet aber nicht Neubauten, nur weil es politisch opportun ist. Die Forderung nach einem gebührenfreien Besuch muss aber auch mit der Antwort auf einen finanziellen Ausgleich im Haushalt einhergehen.

Der Tourist-Info einen neuen Standort zu geben ist überfällig. Die Konzeption dafür sollte 2009 erstellt werden. Kompetente und eine ausreichende Anzahl an Mitarbeitern gehört dazu. Die Sanierung des Sportplatzes in Mettenberg, die Erweiterung des Abderas und die Verbesserung der Stadtbeleuchtung finden unsere Zustimmung. Ein vollkommen ungelöstes Problem ist die Zukunft der Pflug-Förderschule. Bescheidene und zurückgehende Schülerzahlen, ein Zurückschulen der Schüler in die Hauptschule führt zu einem großen Fragezeichen wie die Zukunft dieses Gebäude sein soll.

Alle anderen Anträge zum Haushalt haben das Ziel zum „normalen Zustand“ zurückzukehren, mit Steuermitteln maßvoll umzugehen. Denn hohe Steuereinnahmen verführen! Das ist verständlich und menschlich. Ich möchte es an einem einfachen Beispiel erläutern: Vor den hohen Steuereinnahmen vor fünf oder sechs Jahren war es absolut üblich, dass die Vorschläge der Fraktionen zum Haushalt mit einem Gegenfinanzierungsvorschlag unterbreitet wurden. Keine Fraktion macht dies mehr. Hohe Steuereinnahmen verleiten dazu, Wünsche zu erfüllen, im Jahr der Kommunalwahl ohnehin. Der Gemeinderat muss selbstkritisch erkennen, dass viele Ausgaben weit weniger kritisch geprüft werden, da die Steuereinnahmen so üppig sprudeln und sprudelten.

Der Gemeinderat muss den Haushalt jetzt sorgfältig durchleuchten, den nächsten Haushalt werden zumindest teilweise bereits andere Gemeinderäte beschließen. Der jetzige Gemeinderat darf seine Nachfolger nicht durch problematische Entscheidungen binden. Diese Verantwortung haben wir.

Auch bei kritischen Bewertungen steht am Ende der Dank. Für die intensive Arbeit an diesem Haushalt, die sehr transparente Darstellung, die zurecht von Herrn Dullenkopf und Frau Kübler gewürdigt wurde. Wir wissen auch um die sehr gute Qualität der Arbeit in der Verwaltung. Und wir danken Ihnen für das Zuhören.“

Applaus.

StR Späh führt für die Grünen folgendes aus: „Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer und Pressevertreter, das Beben war und ist gewaltig. Die Welt erzitterte und zittert noch durch die ausgelöste Finanzkrise. Skrupellose Spekulanten in der Finanzbranche haben die Welt an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruches geführt. Viel zu lange haben die Welt und die verantwortlich politisch Handelnden zugeschaut, wie sich die Finanzblase immer größer und gigantischer entwickelte. Einige Mahner, unter anderem Altbundeskanzler Schmidt, haben schon vor Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Nun musste die Politik im Schweinsgalopp reagieren, um den freien Fall der Finanzwirtschaft und damit auch der realen Wirtschaft zu verhindern. Viele Milliarden werden in das System gepumpt, allerdings mit ungewissem Ausgang. Das Resultat ist niederschmetternd. Die Bürger verlieren das Vertrauen in das Finanzwesen. Auch ist es für sie nicht nachvollziehbar, wie es möglich ist, Milliarden innerhalb einer Woche für die Banken aufzubringen und bei Hartz IV-Empfängern und bei Kindergeld-Erhöhungen zu geizen. Auch uns wird diese Krise treffen und hat damit direkt mit diesem Haushalt zu tun. Die Länder müssen sich an dem Rettungspaket beteiligen. Dies bedingt zuerst fehlende Milliarden im Landeshaushalt. Dann wird sich die Schieflage der Landesbank auch auf den Landeshaushalt auswirken. Vier Milliarden sollen nun direkt in die Landesbank fließen. Dies wird sich zeitversetzt sicher in fehlenden Zuwendungen bei den Kommunen bemerkbar machen. Die durch die Finanzkrise mit in den Abwärtssog gezogene Realwirtschaft merkt bereits deutlich den Abwärtstrend. Auch dies wird sich negativ auf unsere Gewerbesteuererinnahmen auswirken. Für uns Grüne aber eine zu wenig beachtete Auswirkung ist, dass die herannahende Klimakatastrophe aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwindet. Beim G8-Gipfel in Heiligendamm war das noch das vordringliche Thema. Nun ist es in der öffentlichen Diskussion fast vollständig weg. Dies ist für uns eine tragische Entwicklung. Wir in Biberach dürfen dies nicht vergessen und müssen darauf reagieren.

Im vorliegenden Haushalt 2009 geht die Verwaltung noch von sehr guten Gewerbesteuererinnahmen aus. Dies sind allerdings Prognosezahlen, die im Sommer prognostiziert wurden, die sich durch die oben beschriebene Entwicklung deutlich negativ verändern könnten. Der Haushalt

2008 ist positiv gekennzeichnet durch die nicht eintretende negative Zuführung zum Vermögenshaushalt. Die nun positive Zuführung von 3 - 6 Mio. € ist ein guter Wert. Auch die Reduzierung der geplanten Rücklagenentnahme von 28 Mio. € auf 12 - 15 Mio. € lässt uns für die kommenden Jahre etwas mehr Spielraum. In den Erläuterungen zum Haushalt 2009 beschreibt die Verwaltung, dass innerhalb der Finanzverwaltung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein ständiger Verteilungskampf um die Finanzmittel stattfindet. In der gegenwärtig sich abzeichnenden Situation werden die Kommunen dabei den Schwarzen Peter bekommen. Die Gewerbesteuerplanung 2009 geht noch von 65 Mio. € Einnahmen aus. Auch wenn der Plan 2008 um ca. 20 Mio. € übertroffen wurde, können wir feststellen, dass der Zenit eindeutig überschritten ist und wir eher eine Unterschreitung der Prognose bekommen. Dies lässt uns keinen Spielraum, um Steuerpunkte nach unten zu korrigieren. Das wäre kontraproduktiv. Der Einkommenssteueranteil kann sich auch negativ entwickeln. Die anderen Einnahmen wurden stabil fortgeschrieben. Das ist positiv zu bewerten. Bei den Ausgaben der Personalkosten des Verwaltungshaushaltes ist eine moderate Steigerung eingeplant. Dies ist zum großen Teil durch die nicht zu beeinflussende hohe Lohnsteigerung der beteiligten Tarifparteien herbeigeführt worden. Die Erhöhung der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen um 1 Mio. € ist bemerkenswert. Dabei ist allein die Unterhaltung der städtischen Gebäude um 37,7% höher als in diesem Jahr. Die Verwaltungs- und Betriebsausgaben haben ebenfalls eine deutliche Steigerung um 800.000 € zu verzeichnen. Das müssen wir im Auge behalten. Die Heiz- und Stromkosten sind mit Steigerungen versehen. Nachdem die Herstellungspreise zur Zeit deutlich sinken, müsste sich dieser Ansatz auch im Jahr 2009 reduzieren. Die Gewerbesteuerumlage, die Finanzausgleichsumlage und die Kreisumlage mit zusammen ca. 58 Mio. € machen 49% unserer Ausgaben im Verwaltungshaushalt aus, ohne dass wir einen Einfluss darauf haben. Wir hoffen dabei auf stabile Umlagepunkte. Im Vermögenshaushalt können wir nun die großen IZBB-Maßnahmen abschließen. Die Feier am vergangenen Samstag dazu war erfrischend und angemessen. Diese IZBB-Maßnahme war eine Herkules-Aufgabe für die Verwaltung, aber auch für die beteiligten Schulen. Auch für uns als Rat hat sie in der Entscheidungsphase Bauchschmerzen bereitet. Unser Dank gilt allen Beteiligten für ihr großes Engagement. Der anstehende große Neubau einer Realschule mit Turnhalle lässt die Beteiligten sicher nicht auf weniger Arbeit hoffen. Wir gehen davon aus, dass dieser Neubau an einem guten Standort die Schulmeile ergänzt und die Schullandschaft auf Jahre hinaus konsolidiert. Davor steht aber noch die klare Forderung nach einem weit in die Zukunft gerichteten Gesamtkonzept für den Schulstandort Biberach. Hier gehört die Förderschule mit einbezogen. Auch private Schulträger wie die Waldorfschule müssen in diesem Konzept einen adäquaten Platz bekommen und als Standortgewinn betrachtet werden. Die energetische Verbesserung der öffentlichen Gebäude besonders der Schulen und Kindergärten sind uns ein besonderes Anliegen. Dazu komme ich bei der Darstellung unserer Anträge nochmals zurück. Das beschlossene Sicherheitskonzept mit seinen präventiven Bestandteilen, Ausbau der Schulsozialarbeit, der Mobilen Arbeit und des Präsenzdienstes ist ein guter Schritt für die Zukunft dieser Stadt. Unsere Fraktion wird auch weiterhin die Bildung und Betreuung und die Zukunft unserer Jugend als vordringliche Aufgaben ansehen. Dazu gehören auch der Erhalt und Neubau von Spielplätzen als wichtiger Teil der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen.

Unsere Kultureinrichtungen sind gut aufgestellt. Hier wollen wir dem Bürger auch in den nächsten Jahren ein gutes und attraktives Angebot machen, um auch für den Wirtschaftsstandort Biberach die Kultur als wichtigen weichen Standortfaktor zu erhalten. Hier sehen wir den Aktivitäten des neuen Kulturdezernenten mit Interesse entgegen. Vom neuen Baubürgermeister erwarten wir in den nächsten Jahren verstärkte Anstrengungen, um im Baubereich und auch in Bebauungsplänen als Vorgabe die größtmögliche Energieeffizienz und damit das Passivhaus als Standard zu erreichen. Die energetische Optimierung beim Bauen muss zentrales Ziel der Arbeit wer-

den. Der umfangreiche Grunderwerb und die Tief- und Straßenvollausbauten und Straßenerneuerungen legen ein weiteres Fundament für die Erhaltung der Infrastruktur unserer Stadt. Das neue interkommunale Gewerbegebiet betrachten wir kritisch. Die Abwägung zwischen Ökologie und Ökonomie fällt nicht leicht. Die steigenden Beteiligungen bei den Stadtwerken machen uns Sorgen. Die hohen Sanierungskosten bei den Tiefgaragen von vielen Mio. Euro sind für uns vergrabenes Geld, das beim Bürger kaum Nutzen entfaltet und für die Umwelt keinen Fortschritt bringt. Hier war der Bau des Hallenbades dagegen eine richtige bürgerfreundliche Maßnahme, wie es sich an den sehr hohen Besucherzahlen zeigt. Bei unseren Anträgen haben wir uns von folgenden Überlegungen leiten lassen.

1. Die Verwaltung muss ihre Arbeit mit dem nötigen Personal durchführen können. Deshalb stimmen wir überwiegend neuen Stellen zu.
2. Die anstehenden Klimaziele der Bundesregierung müssen sich auch in unserem Haushalt und damit in unserem Handeln widerspiegeln.

Damit komme ich zu unseren Anträgen: Wir wollen die Stelle eines Organisators als Angestellter mit Befristung auf fünf Jahre dotieren. Nach fünf Jahren wird sich zeigen, ob diese Stelle ihr Ziel erfüllt. Die Aufstockung im Gebäudemanagement soll bis zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung einen Sperrvermerk erhalten. Wir wollen Planungsraten für das PG und das WG für die energetische Außensanierung einstellen, damit im Jahr 2010 die Sanierung durchgeführt werden kann. Für den Pflugschulaausbau soll ein Sperrvermerk angebracht werden bis das Schulkonzept, das zeitnah für die Schulentwicklung in Biberach erstellt wird, vorliegt. Für den Radweg „Wolfentalbach“ wollen wir eine Planungsrate einstellen, damit die Maßnahme zügig nach Fertigstellung der angrenzenden Bauten durchgeführt werden kann und die Bürger die neue attraktive Route begehen und befahren können. Der Sportplatz Mettenberg soll dotiert werden und mit Sperrvermerk belegt werden bis die Planung steht. Die Planung und zeitliche Umsetzung der energetischen Sanierung von städtischen Gebäuden der sozialen Infrastruktur wird zeitlich in der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung umgesetzt. Diesbezüglich haben wir bereits im letzten Haushalt 2008 Mittel gefordert und die Verwaltung hat in ihrer Antwort das zugesagt. In der mittelfristigen Finanzplanung sind sie allerdings nicht enthalten. Das muss dringend korrigiert werden. Wir fordern außerdem, dass die Großsporthalle auch nachrichtlich nicht mehr in der mittelfristigen Finanzplanung aufgeführt wird. Diese Halle passt nicht mehr in diesen Haushalt und die zukünftige Entwicklung. Um den Bürgern die Möglichkeit der sinnvollen Energieeinsparung zu verdeutlichen, soll die Verwaltung ein externes Büro beauftragen, das aufzeigt, wie den Bürgern umfassende Möglichkeiten der Energieeinsparung vermittelt werden können. Wir fordern von der Verwaltung in einem weiteren Antrag die Beauftragung eines Kleinkindbedarfsplanes, damit die Verbindlichkeit bis im Jahr 2010 gesichert werden kann. Wir hoffen nun, dass die Beratung dieses Haushaltplanes 2009 auch wirklich den erwarteten Veränderungen der Großwetterlage standhält. Für unsere Anträge hoffen wir auf Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen. Allen Beteiligten danken wir für die Erstellung dieses Planwerkes. Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“

Es wird applaudiert.

StR Funk meldet sich für die FDP mit folgenden Aussagen zu Wort: „Die FDP-Stadträte Alfred Braig und ich danken zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Unseren besonderen Dank sagen wir dafür, dass durch weitere Verfeinerungen und Ergänzungen des Haushaltsplanes die Übersichtlichkeit und die

Transparenz auch in diesem Jahr gesteigert wurden. Mitberücksichtigt wurden dabei auch dieses Mal unsere Wünsche oder Vorschläge. Stellvertretend hierfür sei auf die Hinweise verwiesen, dass im Haushaltsplan nur ein Teil der Abschreibungen abgebildet werden und auf die Seite 17, auf der vorgerechnet wird, dass wir von jedem zusätzlich eingenommenen Euro Gewerbesteuer im Jahr 2009 immerhin 39,1 % behalten dürfen. Das ist ein sehr guter Anteil im Vergleich zu früheren Jahren, liegt aber immer noch deutlich über der von uns zu akzeptierenden Grenze von 50 %. Fünfzig Prozent den bedürftigen Gemeinden abgeben ist die psychologische Grenze, jedenfalls für uns. Auch beim Stellenplan gibt es einen Einstieg in eine konsolidierte Betrachtungsweise. Herzlichen Dank an Herrn Simon und Herrn Maier. Wir bedanken uns bei allen Firmen und ihren Mitarbeitern sowie bei allen anderen Steuerzahlern für Ihre großartigen Leistungen. Die Politik von Altbundeskanzler Schröder mit seinem Windhundverfahren beim IZBB-Programm brachte Biberach nicht weniger als 10 Mio. €. Schröder bot uns das Geld gerade zu diesem Zeitpunkt an, als wir unsere vernachlässigten Schulen, unabhängig von der Schulstruktur, so oder so sanieren mussten. Kein Dank geht an die Große Koalition für die Millionen an Mehreinnahmen aus Umsatz- und Einkommensteuer - das war Abzocke der Bürgerinnen und Bürgern.

Mitte des Jahres 2005 wurde der gesamte Gemeinderat, kurz nach dem Beschluss, sich ein neues Hallenbad mit extra Sprungbecken zu gönnen, in Klausur eingeladen, um Biberach von einer extremen finanziellen Schieflage zu befreien. Da die damalige Situation vielen Biberachern bis heute unbekannt geblieben ist, haben wir uns in diesem Jahr die Mühe gemacht, einige Strukturdaten gegenüberzustellen und zwar in Mio. €:

Die Gesamteinnahmen stiegen vom Plan 2005 zum Plan 2009 von 64,3 Mio. € auf 107,0 Mio. €, das sind 66 %. Die Gewerbesteuereinnahmen brutto von 29,5 Mio. € auf 65 Mio. €, 120 %. Der Umsatzsteueranteil von 2,2 Mio. € auf 2,9 Mio. €, 32 %. Der Einkommensteueranteil von 9,7 Mio. € auf 14,1 Mio. €, 45 %. Die Steuerkraftmesszahl von 33 Mio. € auf 76 Mio. €, 124 %. Die Zuführungsrate damals mit 1,5 Mio. € war noch geschönt über die Durchführung von ÖPNV und viel zu hohe Zinsen vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung, war also eigentlich gesetzeswidrig. Heute haben wir die 4 Mio. € um 5 Mio. € erhöht und was mehrfach angesprochen wurde, den Vergleich von den sehr hohen Ausgleichszahlungen an Kreis und Bund, um da mal eine realistische Größe zu bekommen. Heute sind es 9 Mio. €, entsprechend 500 %. Die Personalkostensteigerung beträgt weit über 20 %, wenn man die Pensionsrückstellungen und die Steigerungen bei den Stadtwerken und Eigenbetrieben einrechnet. Der Plan der Gesamtverschuldung abzüglich Rücklagen war nach unserer Rechnung 52 Mio. € für Ende 2009 im Jahr 2005 geplant. Heute haben wir 61 Mio. € Rücklagen. Der Plan 2005 und der Plan 2009 sind zwei total verschiedene Welten. Ich wundere mich, wenn ich heute so einiges gehört habe, wieso wir damals dem Haushalt nicht zustimmten und andere schon.

Als Ergebnis dieser Zahlengegenüberstellung halten wir fest: Damals mit wenig Verantwortungsgefühl über die Verhältnisse gelebt. Heute sehr komfortable Lage wegen der Mehreinnahmen aus allen Steuerarten, insbesondere der Gewerbesteuer. Hinzu kommen die niedrigeren Abgaben an Bund, Land und Kreis und die Millionen von Schröder direkt über den Vermögenshaushalt, also nicht über die Zuführung.

Wir ernten heute, was unsere Vorfahren nach dem Kriege gesät haben. Sicherlich hat auch dazu gehört, die damals angesiedelten und bereits bestehenden Betriebe in der Zwischenzeit zu pflegen. Wir halten den von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltsplan für sehr solide und der

Zeit entsprechend angemessen aufgestellt. Die geplanten Gewerbesteuereinnahmen wurden niedriger angesetzt als zuletzt erhalten. Es wird aber für Biberach keine größere Krise unterstellt. Die Personalkosten, resultierend aus dem Stellenplan, entsprechen der Beschlusslage des Gemeinderates. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt muss gedanklich von 4 auf 9 Mio. € erhöht werden. Die Differenz stammt aus der höheren Gewerbesteuer des Jahres 2007, die 2009 über die Kreisumlage und die Finanzausgleichsumlage abgeführt werden muss. Die geplante Rücklage beträgt unter Einarbeitung der Ausführungen auf Seite 9 für uns – das müssen wir noch mal kontrollieren - 91 Mio. € statt der angegebenen 75 Mio. €. Also immerhin 16 Mio. € mehr. Die mittelfristige Finanzplanung betrachten wir mit Vorsicht. In 2010 sind allein 4,6 Mio. € Aufwendungen für den Rückkauf der Unteren Schranne eingesetzt.

Das vorgeschlagene Kulturbudget 2009 und 2010 haben wir erst jetzt mit einer Vorlage erhalten. Dazu werden wir uns später äußern. Wir setzen uns seit 2001 stark dafür ein, dass genügend Mittel für Bildung zur Verfügung stehen. Was den geplanten Neubau der Realschule angeht, so gibt es hierfür von unserer Seite aus keinen Blankoscheck. Wir erwarten von der Verwaltung nicht nur genaue Zahlen, sondern auch exakte Bewertungen in der komplexen Gemengenlage. Insbesondere geht es um die Pläne der Hochschule, den richtigen Standort, demographische Entwicklung, eventuelle Veränderungen in der Bildungspolitik und einen fairen Ausgleich zwischen Land und Stadt. Nicht einverstanden sind wir damit, dass die Verwaltung, außer der von uns angeregten Grundsteuersenkung, bisher den Bürgern keine direkte Entlastung zukommen hat lassen. Überhaupt nicht einverstanden sind wir damit, dass die Öffentlichkeit über die Geldanlagen nur zum 31.12. eines jeden Jahres mit fast einem Jahr Verspätung informiert wird. Auch die nur jährliche und nichtöffentliche Information der Gemeinderäte halten wir für nicht akzeptabel. In der Bundesrepublik wurden im Jahr 2008 Milliarden von Steuergeldern wegen mangelhafter Kontrollen versenkt. Das sollte Biberach nie passieren. Wir fordern entschieden mehr Transparenz. Was uns anbelangt können Beschlüsse zu Geldanlagen öffentlich erfolgen.

Zusammenfassend kann man sagen: Biberach befindet sich in einer sehr komfortablen Situation. Sollte der Entwurf nicht grundsätzlich verändert werden, signalisieren wir Zustimmung zum Plan.

Aus dem eben Ausgeführten und der Tatsache, dass die Verwaltung mehrere, vor einem Jahr vom Gemeinderat beschlossene FDP-Anträge nicht bearbeitet hat, ergeben sich für uns folgende Anträge, Anregungen und Fragen – jetzt nur ein kleiner Auszug aus Zeitgründen:

Die Verwaltung hat alle aus dem Vorjahr nicht abgearbeiteten, aber beschlossenen Anträge, bis zum 30. Juni 2009 zu erledigen. Dies gilt insbesondere für die Betreuungs- und Bildungsgutscheine. In Zukunft wird die Verwaltung bei Überlastung zumindest eine Information geben. Dies gebieten der Respekt gegenüber ehrenamtlich arbeitenden Gemeinderäten und die Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit. Wir beantragen, den Hebesatz auf die Grundsteuer A um 5 Punkte auf 195%-Punkte zu senken und den Hebesatz auf die Grundsteuer B um 15 Punkte auf 185%-Punkte zu senken. Der finanzielle Aufwand hierfür ist minimal. Diese Sätze entsprechen den Anrechnungshebesätzen. Diese weitere Senkung wäre eine klare Botschaft, dass die Stadt Biberach Machbares an die Bürger weitergibt, der Bürokratieaufwand ist zu rechtfertigen. Die Verwaltung sorgt mit den Bebauungsplänen dafür, dass bei nachträglichen Verdichtungen genügend Parkplätze für Besucher hergestellt werden. Die Verwaltung macht rechtzeitig eine Vorlage und berichtet darüber, ob es richtig wäre, die Untere Schranne zurückzukaufen oder ob es eine realistische Aufgabe sein könnte, alleine oder mit anderen das Geld einzusetzen, um das „Kleeblatt“ zu erwerben und zu sanieren. Wegen des fehlenden Fahrgastinformationssystems am Bahnhof organisiert die Verwaltung eine Informationsfahrt zur AEG nach Ulm.

Der Abwasserpreis wird in Zukunft jährlich beschlossen. Die Verwaltung schafft die Voraussetzungen dafür, dass in Biberach alle Mensaeessen mit 7 % Mehrwertsteuer verkauft werden können. An den Schulen, an denen dies nicht möglich ist, falls Vorsteueroptiert wurde, werden die Essen für Biberacher Schüler mit 12 % bezuschusst. Ergänzend wird die Landesregierung aufgefordert über eine Bundesratsinitiative, laut Koalitionsvertrag den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für die gesamte Gastronomie einzuführen. Dann bräuchten wir es nicht mehr zu bezuschussen. Die Verwaltung sorgt als Miteigentümer der e.wa riss dafür, dass die Veränderungen der Gaspreise transparent dargestellt werden. Veränderungen der Einkaufskosten (Menge x Preis) müssen den Veränderungen der Verkaufspreise (Menge x Preis) entsprechen. Es nützt nichts eine Senkung zu Zeiten zu machen, in denen nicht geheizt wird.

Die Finanzkrise hat die Realwirtschaft auch in der Bundesrepublik und im Kreis Biberach erreicht. Global gibt es keine soziale Marktwirtschaft nach dem Vorbild von Ludwig Ehrhart. In Amerika hat die Geldpolitik versagt. National haben nicht der Markt, sondern der Staat und die Menschen versagt, die kontrollieren hätten müssen. Von der Bundesregierung können wir in dieser Situation nicht sehr viel erwarten. Mit ein paar Milliarden aus Deutschland können wir kein weltweites Problem lösen. Nun sind Volkswirte gefragt, doch diese sind in der Regierung nicht zu finden. Jetzt sollte man endlich einmal auf den Rat der „Fünf Weisen“ hören, aber dies ist nicht zu erkennen. Ganz im Gegenteil, SPD-Struck will den Sachverständigenrat sogar auflösen. Die Steuergelder werden verbrannt. Biberach dagegen verhält sich mit diesem Haushalt, wie in den letzten Jahren, genauer gesagt seit 2006, vernünftig. Perfekt verhalten würden wir uns, wenn wir jetzt schnell die von uns beantragten Bildungs- und Betreuungsgutscheine auf den Weg bringen würden. Richtig war es nach unserer Auffassung auch, in den letzten Jahren viele Aufgaben von Bund oder Land zu unterstützen oder vorzufinanzieren, die nicht originär kommunale Aufgaben sind. Wir denken hierbei an den Ausbau der Ganztagschulen mit Mensa, das Sicherheitskonzept für die Stadt Biberach sowie die Sanierung des Bahnhofs Biberach.

Insgesamt sind wir mit dem Haushaltsplan 2009 sehr zufrieden. Die Gründe hierfür sind nicht nur die positiv veränderte Einnahmenseite, sondern auch das Ausgabenverhalten insgesamt. Wichtig ist auch die stark verbesserte Transparenz. Wir finden uns bei den Veränderungen der letzten Jahre auf jeden Fall wieder. Lassen Sie uns stellvertretend ein paar wenige Beispiele nennen: Wir leisten uns viel. Heute haben wir die Gewerbesteuererinnahmen, die wir dafür brauchen. Dieses Problem haben wir bereits thematisiert in unserer Haushaltsrede im Jahr 2008. Wir haben nicht nur die Schulden abgebaut, sondern Rücklagen und zusätzlich Pensionsrückstellungen gebildet. Das Schuldenproblem haben wir bereits in unserer Haushaltsrede im Jahr 2004 thematisiert. Wir haben eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt, die wir brauchen, um die Abschreibungen zu verdienen. Dieses Problem haben wir bereits in unserer Haushaltsrede im Jahr 2002 thematisiert. Wir haben die Einführung der Doppik, der doppelten Finanzbuchhaltung, auf den Weg gebracht. Die Bestände und der Werteverzehr werden ermittelt und sie werden für die notwendige Transparenz sorgen. Dieses Problem haben wir bereits in unserer Haushaltsrede im Jahr 2001 thematisiert. Wir investieren massiv in Bildung. Wir können Ihnen nicht ersparen, heute das zu wiederholen, was wir am 17.12.2001 unter anderem gesagt haben: Dieser Haushalt ist ein Dokument der wirtschaftspolitischen Hilflosigkeit, der finanzpolitischen Ratlosigkeit und ein bildungspolitischer Offenbarungseid. Die FDP-Stadträte Alfred Braig und Christoph Funk werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Für die FDP steht Bildungspolitik an aller erster Stelle. Bildungspolitik ist die zentrale Aufgabe dieses Jahrhunderts. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir handeln auch dementsprechend. Für uns FDP-Stadträte ist die rechtzeitige Bereitstellung von Schulräumen Pflichtaufgabe und kommt vor allem anderem. Für uns ist es deswegen nicht hinnehmbar, dass in der mittelfristigen Finanzplanung das Schulprogramm nach

hinten verschoben wurde. Mit dieser Finanzpolitik wird versucht, der Biberacher Bevölkerung nicht die volle Wahrheit und den echten Schuldenstand der Stadt Biberach mitzuteilen. Das war 2001. Heute gibt es im Gemeinderat in Sachen Bildungspolitik wenig Differenzen. Wir beanspruchen aber für uns, dass wir an der Spitze dieser Bewegung waren.

Nun ganz schnell zurück zu heute, einer ganz anderen Situation: Wir investieren auch massiv in den Kindergartenbereich und in die Kleinkinderbetreuung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir kümmern uns um unsere sanierungsnotwendigen Immobilien und zwar um Abwasserkanäle, Häuser und die Straßen. Wir stellen dafür mehr Personal ein. Dies ist eine langjährige Forderung der FDP-Stadträte. Ein Antrag dazu wurde vom Gemeinderat bereits 2001 abgelehnt. Zusätzliche Personalkosten sind teilweise aufgabenbezogen und befristet. Dies ist eine richtige Maßnahme. Die neue Geschäftsführung der Stadtwerke kennen unsere Probleme mit den Strukturen der Stadt Biberach - Stadtwerke – e.wa riss und denken über Veränderungen nach. Deshalb verzichten wir heute auf weitere Äußerungen. Die Senioren sind beim Hospital gut aufgehoben. Große Investitionen stehen bevor. Die Jugend hat viele Möglichkeiten und bekommt vielfältige Unterstützung. Herr König von Jugend Aktiv macht gute Arbeit. Die Gegenleistung für das vom Kulturdezernat in den letzten Jahren Abverlangte ist die Einrichtung einer Wieland-Stiftung, die Wiederbesetzung der VHS Amtsleiterstelle und die Erhaltung der Stelle des Kulturdezernenten.

Sie sehen, meine Damen und Herren, man muss auch warten können. Mit unserer konsequenten Arbeit haben wir viele unserer Ziele erreicht. Damit sind wir hochzufrieden. Um all dies in Zukunft so weiterführen zu können, brauchen wir nach unserer Einschätzung ein dauerhaftes – und das ist in der mittelfristigen Finanzplanung nicht unterstellt - Gewerbesteueraufkommen von 65 Mio. € mit Steigerungen bei Inflation oder Lohnerhöhungen. Genaueres wissen wir nach der endgültigen Erfassung der Abschreibungen. Bis dahin und zur Überwindung der Wirtschaftskrise wird uns das Gesparte helfen. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Applaus.

OB Fettback betont, man wolle keine neuen Gebäude bauen, sondern die vorhandenen ausbauen und erhalten. Die gemeinsam gefassten Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung könne man jederzeit aufgreifen. Biberach sei insgesamt zukunftsfähig.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 216/2008 zur Beratung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 06.11.08 vorberaten. Das Vorberatungsergebnis ist in Drucksache Nr. 216/2008-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Stelle „Leitung Stadtplanungsamt“ wird baldmöglichst öffentlich ausgeschrieben.**
- 2. Der Ausschreibungstext (s. Anlage von Drucksache Nr. 216/2008-1) wird gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 209/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 06.11.08.

OB Fettback führt kurz ins Thema ein. Er dankt Herrn Winter für das Engagement. Dieses Projekt sei auch ein tolles Beispiel dafür, wie eine Stiftung und die Stadt zusammenarbeiten könnten. Der Bruno-Frey-Stiftung neu sei zu danken.

StR Dullenkopf führt aus, Herr Dr. Riedlbauer habe versichert, dass er mit derartigen Projekten Erfahrung habe und sich persönlich einbringen werde. Dank gelte nicht nur der Bruno-Frey-Stiftung neu, sondern auch den Freunden der Musikschule, die ihre Unterstützung zugesagt hätten.

StRin Drews führt aus, das Angebot entspreche sozialdemokratischem Handeln und erfülle einen Teil eines Antrags zum Haushalt 2008 der SPD-Fraktion. Ein ähnliches Angebot zur sensomotorischen Förderung an Grundschulen im Sportunterricht fehle. Sie dankt der Musikschule für ihr Engagement. Als besonders wichtig bezeichnet sie es, dass die Kooperation mit den vorhandenen Vereinen weitergeführt werde. Dank spreche man auch der Bruno-Frey-Stiftung neu aus. Sie empfiehlt, am besten jetzt schon Rücklagen zu bilden, um in drei Jahren die Fortführung des Projekts ermöglichen zu können. Damit könne man Steuergelder sinnvoll an die Bürger zurückgeben.

OB Fettback fügt an, Dank gebühre auch den Grundschulen, insbesondere ihrem Sprecher, Herrn Schley, für die Bereitschaft zur Einbringung in das Modell.

StRin Goeth kündigt an, die Freien Wähler stimmten gerne zu. Musik zu machen bereite Kindern Freude. Musik bringe einen großen Nutzen. An die Musiklehrer würden besondere Anforderungen gestellt. Sie müssten die Fähigkeit haben, Freude an Musik zu vermitteln und geeignete Stücke auszuwählen. Dies müsse man auch bei der Auswahl der Musiklehrer berücksichtigen.

Die Grünen begrüßen nach Auskunft von StR Späh die Initiative, die genau der richtige Ansatz für Kinder sei. Als störend bezeichnet er es, dass das Land sich immer stärker aus der musischen Bildung zurückziehe und die Kommunen in das vernachlässigte Feld eintreten müssten. Er bezeichnet die Einbeziehung der Ortsteile als wichtig. Gut sei auch die Verpflichtung für ein Jahr und dass das Angebot kostenlos sei. Man hoffe, dass danach nur geringe Gebühren fällig würden, damit sich einzelne Familien aus dem Projekt nicht aus finanziellen Gründen zurückzögen. Gegebenenfalls müsse man sehen, ob eine kommunale Unterstützung erforderlich sei.

StR Funk bezeichnet das Projekt als sehr gut und dankt der Bruno-Frey-Stiftung neu für ihr Engagement. Man stimme gerne mit dem Zusatz zu, dass genau Letzteres nicht passieren dürfe, dass künftige Gemeinderäte gebunden würden.

Herr Dr. Riedlbauer dankt herzlich für den spürbaren Konsens. Es handle sich um ein Pilotprojekt, das auf eine bildungspolitische Lücke regiere. Es sei mehr oder weniger zufällig, ob ein Kinder in der Grundschule mit Musik in Berührung komme, da dies von der Fächerkombination der jeweiligen Lehrkraft abhängt.

Er bezeichnet es als erfreulich, das mit Hilfe der Bruno-Frey-Stiftung neu niederschwellige Angebote möglich seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Ab dem Schuljahr 2009/2010 wird an den Biberacher Grundschulen das Modell "Musik an Biberacher Grundschulen" (Mu-Bigs) eingeführt.**
- 2. Die Bruno-Frey-Stiftung hat sich bereit erklärt, vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats, die Umsetzung des Projekts in den ersten 3 Jahren im Umfang von 106.000 € zu finanzieren.**
- 3. Die Stadt Biberach ist grundsätzlich bereit, ab dem Jahr 2012 die Finanzierung des Modells "Mu-Bigs" zu übernehmen, sofern die Pilotphase erfolgreich war. Die Einzelheiten werden zu gegebener Zeit noch festgelegt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 222/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatungen erfolgten im Hauptausschuss am 06.11.08 und im Bauausschuss am 10.11.08, bei denen jeweils mehrheitlich dem Beschlussantrag zugestimmt wurde.

OB Fettback unterstreicht die Bedeutung dieses Gebiets. Man stehe am Beginn einer Entwicklungschance, deren Ausgang ungewiss sei. Er betont, dass nicht an die Ansiedlung großflächiger Betriebe gedacht sei, die nur wenige Arbeitsplätze schafften, sondern dass es um die Betriebe vor Ort gehe, denen man Entwicklungsmöglichkeiten zur Standortsicherung bieten müsse. Es müsse noch vieles geklärt werden, jetzt sei aber die Entscheidung erforderlich, diesen Weg zu gehen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen (StRe Deeng, Weber), 3 Enthaltungen (StRe Drews, Gehring, Späh) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes Ristal wird grundsätzlich befürwortet.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Kooperation mit dem Landratsamt und den beteiligten Kommunen die notwendigen organisatorischen und planerischen Schritte vorzubereiten und zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 212/2008 zur Beschlussfassung vor. Das Energiekonzept, das Bestandteil der Vorlage ist, ist dieser Niederschrift nicht beigefügt. Das Thema wurde im Bauausschuss am 10.11.08 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Das vorliegende Energiekonzept ist Grundlage für die Beratung der Bauherren im Baugebiet Talfeld.**
- 2. Es wird eine Informationsbroschüre erstellt. Die Kosten von 4.100,- € sind Gegenstand der Mittelanmeldung für den Haushaltsplan 2009 (HHST 1.6100.532 000.0-000 ).**
- 3. Im Rahmen des Förderprogramms Umweltschutz werden 10.000,- € (HHST 2.1110.987402.8-900) für die detaillierte Energieberatung zu Mininetzen bereitgestellt. Damit können 10 Beratungen mit maximal je 1.000,- € gefördert werden.**

**TOP 9 Weiterführung eines Teilbereiches des Bebauungsplans "Talfeld" unter der Bezeichnung "Talfeld I/II" - Erneute öffentliche Auslegung für den 1. und 2. Bauabschnitt**

**214/2008**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 214/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 10.11.08.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein. Er bezeichnet den Bebauungsplan als Maßanzug, der eine Vielfalt von Hausgruppen definiere. In der Region bestehe keine derartige Möglichkeit, diese Vielfalt zu realisieren. Die Nachfrage sei sehr positiv.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der räumliche Geltungsbereich des aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehenden Regelwerkes wird geändert. Das Verfahren wird unter der Bezeichnung „Talfeld I/II“ weitergeführt. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf das im Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 890/34 vom 09.10.2008 umrandete Gebiet, das aus Anlage 1 von Drucksache Nr. 214/2008 ersichtlich ist.**
- 2. Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Talfeld I/II“ wird zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 890/34 Index 2 vom 09.10.2008 .**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 203/2008 zur Beschlussfassung vor. Die öffentliche Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 10.11.08, der die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein. Er gibt zu verstehen, man müsse die Entwicklungsoptionen für die Zukunft sichern. Mit der Elektrifizierung der Südbahn müsste die Brücke über den Eselsberg angehoben werden, was Auslöser für den Bebauungsplan sei.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Für das im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 08-040 vom 16.10.2008 mit unterbrochener, bandierter Umrandung gekennzeichnete Gebiet wird der Bebauungsplan „Eisenbahnstraße - Bahnquerung“ aufgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 221/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 10.11.08.

BM Kuhlmann lässt wissen, der Bauausschuss habe vorbehaltlich der Prüfung diverser Fragen zugestimmt. Einigkeit bestehe in der Einschätzung, dass diese Maßnahme ökologisch sinnvoll sei. Es gehe nur um die Frage, ob die Stadt in die volle Vorfinanzierung gehen solle, ohne dass Landeszuschüsse definitiv zugesagt seien. Man habe erneut mit der Firma Vollmer gesprochen. Sie stelle 850 m<sup>2</sup> Gewerbefläche zur naturnahen Gestaltung des Baches zur Verfügung. Dies entspreche einem finanziellen Beitrag von 85.000 €. Mehr sei für Vollmer nicht vorstellbar. Zur Erlebbarkeit des Baches werde darauf hingewiesen, dass die Freifläche nördlich des Neubaus so gestaltet werde, dass der Bach sichtbar sei und es werde über eine komplette Öffnung dieses Bereichs für die Öffentlichkeit diskutiert. Das Finanzierungsrisiko bestehe also nach wie vor für die Stadt. Im Mai 2009 tage die Arbeitsgemeinschaft beim Ministerium und entscheide über die Zuschussvergabe. Auch eine Unbedenklichkeitsbescheinigung bringe keine eindeutige Rechtssicherheit. Er schlägt daher vor, den Gemeinderatsbeschluss unter einem Vorbehalt zu fassen. Sollte innerhalb von zwei Wochen die Unbedenklichkeitsbescheinigung vorliegen, trete die Stadt in Vorleistung. Ansonsten stelle man das Projekt bis zur zweiten Jahreshälfte 2009 zurück, was allerdings zur Folge hätte, dass dann die Maßnahme bis zu den Jubiläumsfeierlichkeiten der Firma Vollmer nicht fertig gestellt wäre.

StR Kolesch gibt zu bedenken, es handle sich um kein Gewässer mit einer Verbindungswirkung im großräumigen Stil. Dennoch sei die Maßnahme gut. Negativ sei, dass die Maßnahme mit öffentlichen Geldern finanziert würde, sich aber völlig auf Privatgelände befinde. Man dürfe keinen Präzedenzfall schaffen. Das Engagement der Firma Vollmer sei zu würdigen. Der von BM Kuhlmann aufgezeigt Weg erleichtere die Zustimmung, wobei man es gerne sehen würde, wenn die Einweihung zum Firmenjubiläum der Vollmer Werke gelänge. Die CDU-Fraktion stimme zu.

Auch StR Dr. Nuding hält die Maßnahme für lobenswert und äußert die Hoffnung, dass eine Signalwirkung für andere Firmen entstehe. Man erreiche ein Stück Natur mehr für die Stadt. Der vorgeschlagene Vorbehalt sei sinnvoll. Er hebt darauf ab, dass es sich nicht um ein Show-Objekt der Vollmer Werke handle, sondern ein Stück Natur zurück gewonnen werde. Der Bach könne nichts dafür, dass er auf Privatgelände verlaufe. Dem Naturschutz sei Priorität einzuräumen. Auch habe das Projekt nicht nur lokale Wirkung, sondern habe Richtung Norden eine wichtige Streckenwirkung. Die SPD-Fraktion stimme zu.

StR Dr. Compter meint, es entstünde eine naturnahe Lebensader in einem Gebiet mit bislang wenig Grün. Dies sei positiv für die Vollmer Werke, da die Freiraumqualität auf dem Firmengelände zunähme. Allerdings sei dieser Naturschutz teuer erkaufte und erfordere eine Vorfinanzierung durch die Stadt. Die Freien Wähler stimmten dem mehrheitlich zu. Für ihn seien die öffentlichen Gelder der einzige Grund, die Maßnahme abzulehnen. Die Maßnahme befinde sich auf verschlossenem, abgeschlossenem Firmengelände. Es sei lobenswert, dass die Vollmer Werke die Flächen zur Verfügung stellten, allerdings befinde sich ein Zaun darum herum und ein Großteil der Bevölkerung könne die Maßnahme nicht erleben.

StR Weber meint, für die Grünen sei die Zustimmung selbstverständlich, auch wenn sich die Maßnahme auf Privatgelände befinde. Die Vollmer Werke brächten die Fläche an der Böschung ein. Dies sei allerdings etwas wenig und fraglich, ob dies wie dargestellt gegengerechnet werden könne. Er fände eine finanzielle Beteiligung der Vollmer Werke wünschenswert.

StR Braig ist eine Gleichbehandlung wichtig und er fragt, wie bei den Firmen Liebherr und Handtmann vorgegangen worden sei. Könne man hier Gleichbehandlung signalisieren, werde er dem Vorbehaltsbeschluss zustimmen.

BM Kuhlmann meint, die Situation sei vergleichbar. Überdies sei von Nordwesten über die Ehinger Straße ein Einblick ins Areal bis tief ins Firmengelände hinein möglich. Man befinde sich mit der Firma in Diskussion, die Wasserfläche zugänglich zu machen. Entscheidend sei jedoch die naturnahe Gestaltung der Riß.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Nein-Stimme (StR Dr. Compter) folgenden

#### **Beschluss:**

**Unter dem Vorbehalt, dass innerhalb der nächsten zwei Wochen die Unbedenklichkeitsbescheinigung des Landesministeriums vorliegt, dass ein Baubeginn zuschussunschädlich wäre, wird folgenden Maßnahmen zugestimmt:**

- 1. Der Planung (Plan in Anlage von Drucksache Nr. 221/2008 mit Stand vom 08.07.2008) wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die Ausschreibung durchzuführen.**
- 2. Das Landschaftsplanungsbüro Ryffel und Ryffel, Uster, CH, wird beauftragt, die Planung weiter auszuarbeiten, die Ausschreibung vorzubereiten und die Baumaßnahme zu betreuen (Leistungsphasen 3 bis 9 HOAI).**
- 3. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit geht die Stadt für diese Maßnahme in die Vorfinanzierung. Eine Refinanzierung der Renaturierungsmaßnahmen erfolgt zu 100 % über Zuschüsse des Landes und Kostenerstattungsbeiträge im Rahmen von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen gem. § 1a BauGB.**
- 4. Die notwendigen Finanzmittel in Höhe von 269.456€ werden überplanmäßig im Haushalt 2008 auf der Haushaltsstelle "Ökologische Ausgleichsmaßnahmen" bereitgestellt. Die Deckung dieser überplanmäßigen Ausgaben ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.**

**TOP 12 Bericht zur Wirtschaftsentwicklung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung 205/2008  
- III. Quartal**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 205/2008 zur Information vor.

Es findet keine Aussprache statt.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

### **TOP 13 Elektrifizierung Südbahn - Aktueller Stand**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 217/2008 zur Information vor.

Die Beschlussfassung erfolgte im Bauausschuss am 10.11.08.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

## **TOP 14.1    Verschiedenes: Leitungsarbeiten im Talfeld**

StR Pfender bringt vor, Ende September seien die Bewohner von Beethovenstraße und Silcherstraße von den Stadtwerken angeschrieben worden, dass mit Leitungsverlegungen im Oktober begonnen werde. Diese Maßnahmen gingen nun in die siebte Woche und die Zugängigkeit der Grundstücke sei zum Teil erheblich erschwert. Zum Teil befänden sich Wagenladungen voller Sand in Einfahrten und die Schwestern des Pflegedienstes müssten über diese Berge klettern, um zu ihren Kunden zu gelangen. Man müsse darauf achten, dass so etwas künftig nicht mehr passiere und derartige Maßnahmen zügig abgeschlossen würden.

OB Fettback verdeutlicht, dies müsse eine Maßnahme der e.wa riss sein und er werde den Hinweis weiterleiten.

## **TOP 14.2    Verschiedenes: Wartehäuschen auf dem Bahnsteig Bahnhof**

StR Keil bittet bis zum Bauausschuss die Kosten der Wartehäuschen, die auf den neuen Bahnsteigen errichtet wurden, zur Vergleichbarkeit mitzuteilen. Es sei auch ein Informationssystem installiert worden und neue Lautsprecher seien vorhanden.

### **TOP 14.3      Verschiedenes: Abbau alte Eisenbahnbrücke**

StR Keil bringt vor, auf dem Firmengelände von Boehringer sei der Bleicherbach schon lange sehenswert renaturiert worden.

Er fragt, ob die Kosten des Abbaus der alten Eisenbahnbrücke bei Straub der Stadt bekannt gewesen seien und ob diese Brücke nicht unter Denkmalschutz gestanden habe.

BM Kuhlmann verneint dies, **sagt** aber **zu**, dies zu prüfen.

#### **TOP 14.4    Verschiedenes: Baumängel Mensa Gymnasien**

StRin Brunner bringt vor, an der unteren Kante bei der Mensa seien am Stoß zur Putzchiene Risse feststellbar. Entweder sei diese falsch oder der Putz nicht richtig aufgebracht worden. Sie fragt, wer hierfür zuständig sei. Ferner seien Ausblühungen im Werksraum festzustellen.

OB Fettback erwidert, es sei Aufgabe des Bauherrn, bei der Bauabnahme die Mängel festzuhalten.

Er bittet, derartige Kleinigkeiten immer direkt per Mail an das Hauptamt zu melden, von wo die zuständigen Stellen informiert würden und das Instrument der Schnellanfrage zu nutzen.

#### **TOP 14.5 Verschiedenes: Nordwestumfahrung**

StR Weber bringt vor, in der Schwäbischen Zeitung sei ein großer Artikel gestanden, wonach Anfang November 2009 die Bagger zum Bau der Nordwestumfahrung anrückten, wenn es mit der Umweltverträglichkeitsprüfung normal laufe. Dies werde von Bürgermeistern der Umlandgemeinden ausgesagt.

BM Kuhlmann erwidert, eine derartige Aussage sei noch nicht möglich. Nach aktuellem Stand befinde man sich im Planfeststellungsverfahren und die Einwendungen lägen beim Regierungspräsidium zur Prüfung, ob die Abwägung abgeschlossen werden könne. Im Februar oder März 2009 könne die Erörterungsveranstaltung stattfinden und dann der Planfeststellungsbeschluss gefasst werden. Erst dann bestehe Klarheit über den möglichen Baubeginn.

#### **TOP 14.6 Verschiedenes: Seniorenwohnanlage in der Riedlinger Straße**

StR Braig bringt vor, vor der Seniorenwohnanlage in der Riedlinger Straße sei eine blaue Zone eingerichtet. Dort stehe immer noch auf einem öffentlichem Parkplatz ein Werbeanhänger, der normal einer Baugenehmigung bedürfte. Er bittet, dem nachzugehen.

**Gemeinderat, 17.11.2008, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender:	.....	OB Fettback
Stadtrat:	.....	Wiest
Stadträtin:	.....	Kübler
Schriftführerin:	.....	Appel
Gesehen:	.....	EBM Wersch
Gesehen:	.....	BM Kuhlmann